



DEMOKRATIE
IST FREIHEIT

FROM DEMOCRACY TO FREEDOM

Der Unterschied
zwischen Regierung
und Selbstbestimmung.

Von der Demokratie zur Freiheit

*Die Demokratie ist das
universellste politische
Ideal unserer Zeit.*

Die Demokratie ist das universellste politische Ideal unserer Zeit. George Bush hat sich auf sie berufen, um die Invasion in den Irak zu rechtfertigen; Obama beglückwünschte die Rebell_innen vom Tahrir-Platz dafür, dass sie sie nach Ägypten gebracht haben, und Occupy Wall Street nahm für sich in Anspruch, ihre reinste Form herausdestilliert zu haben. Von der Demokratischen Volksrepublik Nordkorea bis zur autonomen Region Rojava nennt sich praktisch jede Regierung und jede Bewegung demokratisch.

Und wenn es Probleme mit der Demokratie gibt, was ist dann das Heilmittel? Alle sind sich einig: *mehr Demokratie*. Seit der Jahrhundertwende haben wir eine Vielzahl an neuen Bewegungen gesehen, die versprochen, die wahre Demokratie zu verwirklichen; im Gegensatz zu den scheinbar demokratischen Institutionen, die sie als ausschließend, aufzwingend und entfremdend beschreiben.

Gibt es einen roten Faden, der all diese verschiedenen Formen der Demokratie verbindet? Welche von ihnen ist die *wahrhaftige*? Kann eine von ihnen die Inklusivität und die Freiheit erschaffen, die wir mit dem Wort Demokratie verbinden?

Angetrieben durch unsere eigenen Erfahrungen in direktdemokratischen Bewegungen sind wir zu diesen Fragen zurückgekehrt. Unsere Schlussfolgerung ist, dass das drastische Ungleichgewicht der wirtschaftlichen und politischen Macht, welches die Besetzungen und Aufstände von New York bis Sarajevo beflügelt hat, nicht zufällige Missstände in bestimmten Demokratieformen sind, sondern strukturelle Merkmale, die bis zu dem Ursprung der Demokratie selbst zurückreichen; sie treten zu allen Zeitaltern in praktisch jeder Form demokratischer Regierung auf. Repräsentative Demokratien haben den gesamten bürokratischen Apparat aufrecht erhalten, der ursprünglich errichtet wurde, um König_innen zu dienen. Die direkte Demokratie neigt dazu, diesen Apparat in einem kleineren Maßstab zu reproduzieren, selbst wenn sie außerhalb der formalen Strukturen eines Staates stattfindet. *Demokratie ist nicht gleichbedeutend mit Selbstbestimmung*.

Sicherlich werden viele gute Dinge immer wieder als demokratisch bezeichnet. Dies ist keine Argumentation gegen Diskussionen, Kollektive, Versammlungen, Netzwerke, Föderationen oder dagegen, mit Menschen zusammenzuarbeiten, mit denen du nicht immer einer Meinung bist. Es geht viel mehr darum, dass wir, wenn wir uns auf solche Methoden einlassen, wenn wir das, was wir tun, als *Demokratie* verstehen – also als eine Form der partizipativen Regierung und nicht als ein kollektives Streben nach Freiheit –, früher oder später selbst all die Probleme erschaffen, die wir mit weniger demokratischen Formen der Regierung verbinden. Dies gilt gleichermaßen für die repräsentative Demokratie wie für die direkte Demokratie, und selbst für konsensuale Prozesse.

WENN EINE MEHRHEIT DAFÜR STIMMEN WÜRDÉ,
DASS DU VON EINER BRÜCKE SPRINGEN SOLLST
- WÜRDÉST DU ES TUN?



VIELLEICHT- WENN ES
EINE FAIRE ABSTIMMUNG
WAR!

Anstatt demokratische Vorgänge als Selbstzweck zu verteidigen, lässt uns diese Vorgänge lieber anhand der Werte überprüfen, die uns anfänglich zur Demokratie brachten: Gleichheit, Inklusivität, die Idee, dass jede Person ihr eigenes Schicksal kontrollieren sollte. Wenn die Demokratie nicht der effektivste Weg ist, diese Werte umzusetzen, welcher ist es dann?

Angesichts immer heftigerer Kämpfe, die die Demokratien der heutigen Zeit ins Wanken bringen, steht bei dieser Diskussion mehr und mehr auf dem Spiel. Wenn wir mit dem Versuch weitermachen, die herrschende Ordnung durch eine partizipatorischere Version des gleichen Systems zu ersetzen, werden wir immer wieder genau da ankommen, wo wir begonnen haben, und andere, die unsere Desillusionierung teilen, werden in Richtung autoritärerer Alternativen abdriften. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die die Versprechen erfüllen können, die die Demokratie nicht einhalten konnte.

Was ist Demokratie?

Was genau ist die Demokratie? Die meisten Lehrbuchdefinitionen haben mit der Mehrheitsherrschaft oder einer Regierung durch gewählte Repräsentant_innen zu tun. Doch das Wort wird oft in einem breiteren Kontext verwendet und bezieht sich auf Selbstbestimmung und Gleichheit als abstrakte Ideale. Einige Radikale¹ sind so weit gegangen, dass sie argumentieren, die echte Demokratie finde nur außerhalb des staatlichen Machtmonopols und gegen dieses gerichtet statt. Ist die Demokratie nun ein Mittel der Regierung eines Staates, eine Form der horizontalen autonomen Organisation oder etwas anderes?

Lasst uns beginnen, indem wir zwei unterschiedliche Verwendungen des Begriffes voneinander abgrenzen. Genau betrachtet bezeichnet Demokratie eine Reihe von Entscheidungsfindungsprozessen mit einer Historie, die bis in das antike Griechenland zurückreicht. Abstrakter verwendet, verstehen wir unter Demokratie das Streben nach einer egalitären, inklusiven und partizipatorischen Form der Politik. Die fundamentale Frage für diejenigen, die sich diese Ziele zu eigen machen, ist, ob die Verfahren, die mit der Demokratie assoziiert werden, die effektivsten sind, um diese Ziele umzusetzen.

Die Spannbreite an Verfahren, die mit der Demokratie assoziiert werden, ist in der Tat groß: Sie beinhaltet alles von einem Wahlausschuss bis zu einem informellen konsensualen Prozess. Es sind alle Wege, um eine Machtstruktur dadurch zu legitimieren, dass sie die Teilnehmer_innen repräsentiert. Was haben diese Verfahren sonst noch gemeinsam?

Wir können in den Ursprüngen des Begriffes nach Hinweisen suchen. Das Wort Demokratie leitet sich ab von dem antiken griechischen Wort *dēmokratia*, von *dēmos* ›Volk‹ und *kratós* ›Macht‹ oder ›Herrschaft‹. Kurzgefasst ist die Demokratie die Herrschaft des Volkes. Die gleiche Formulierung sehen wir in den derzeitigen sozialen Bewegungen Lateinamerikas: *poder popular*.

Aber welches Volk ist gemeint? Und welche Art von Macht?

Der Wortstamm, *dēmos* und *kratós*, deutet auf zwei gemeinsame Nenner aller demokratischen Verfahren hin: einen Weg, um zu bestimmen, wer an der Entscheidungsfindung teilnehmen darf, und einen Weg, um Entscheidungen zu vollstrecken. In anderen Worten: Staatsbürger_innenschaft und Kontrolle. Dies sind die wesentlichen Bestandteile der Demokratie; sie machen sie zu einer Form der Regierung. Alles ohne diese Merkmale sollte passender als Anarchie bezeichnet werden – die Abwesenheit von Herrschaft, von dem griechischen *an-* ›ohne‹ und *arkhos* ›Herrscher‹.

1. Zum Beispiel Cindy Milstein in *Democracy is Direct*: »Die direkte Demokratie steht sowohl dem Staat als auch dem Kapitalismus diametral entgegen.«

Wer wird als *dēmos*², als Volk, bezeichnet? Damit es legitime Entscheidungen geben kann, müssen die Bedingungen der Legitimität sowie eine bestimmte Menge an Menschen, die diese Bedingungen erfüllen, definiert werden.³ Daraus folgt, dass jede Form der Demokratie einen Weg benötigt, um zwischen Zugehörigen und Ausgeschlossenen zu unterscheiden. Diese Trennlinie könnte der Status innerhalb der Legislative, Staatsbürger_innenschaft in einer Nation, Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder die Teilnahme an Nachbarschaftsversammlungen sein. Es könnte die Hautfarbe sein, das Geschlecht, Grundbesitz, Alter oder die rechtliche Stellung. Wer die Entscheidungen treffen darf, könnte auch einfach davon abhängen, wer dazu in der Lage ist, zu Versammlungen zu kommen – doch selbst in den informellsten Angelegenheiten benötigen demokratische Strukturen immer ein Instrument, um zu bestimmen, wer dazugehört und wer ausgeschlossen wird.

In dieser Hinsicht institutionalisiert die Demokratie den provinziellen und chauvinistischen Charakter ihrer griechischen Ursprünge, während sie zugleich scheinbar ein Modell anbietet, das die ganze Welt einbeziehen könnte. Deshalb hat sich die Demokratie auch als so vereinbar mit Nationalismus und dem Staat erwiesen; sie setzt die Anderen voraus, denen nicht die gleichen Rechte oder die politische Vertretung gewährt wird.

Nun lasst uns zu dem anderen Wortstamm kommen, *kratós*. Die Demokratie teilt diese Wortendung mit der Aristokratie, der Autokratie, der Bürokratie, der Plutokratie und der Technokratie. Jeder dieser Begriffe beschreibt die Regierung durch einen bestimmten Teil der Gesellschaft, doch sie alle vereint eine gemeinsame Logik. Dieser gemeinsame rote Faden ist *kratós*, die Macht.

Welche Art von Macht ist gemeint? Lasst uns wieder einmal die antiken Griechen hinzuziehen.

Im antiken Griechenland wurde jedes abstrakte Konzept durch ein göttliches Wesen verkörpert. Kratos war ein erbarmungsloser Titan, der die Art von Zwangsmitteln verkörpert, die mit der Staatsmacht assoziiert werden. Eine der ältesten Quellen, in der Kratos erscheint, ist das Stück *Der gefesselte Prometheus*, geschrieben von Aischylos zu Beginn der Demokratie Athens.

² Manche argumentieren etymologisch, dass mit *demos* niemals die gesamte Bevölkerung, sondern nur bestimmte soziale Klassen gemeint waren. Bspw. in *Contre la Démocratie*, veröffentlicht in Spanien durch die Koordination Anarchistischer Gruppen.

³ siehe Sarah Song, »The Boundary Problem in Democratic Theory: Why the Demos Should Be Bounded by the State.«

»Es gibt keinen Widerspruch zwischen der Ausübung der Demokratie und legitimer zentralisierter Kontrolle der Verwaltung entsprechend dem wohlbekannten Gleichgewicht zwischen Zentralisierung und Demokratie. ... Demokratie festigt die Beziehungen innerhalb der Bevölkerung und ihre größte Stärke ist der Respekt. Die Stärke, die sich aus der Demokratie ergibt, setzt ein höheres Maß an Einhaltung von Befehlen mit großer Sorgfalt und großem Eifer voraus.«

Saddam Hussein, Demokratie – Eine Quelle der Stärke für das Individuum und die Gesellschaft

Das Stück beginnt damit, dass Kratos den gefesselten Prometheus gewaltsam eskortiert. Prometheus wird dafür bestraft, dass er den Göttern das Feuer gestohlen hat, um es den Menschen zu geben. Kratos tritt hier als Gefängniswärter auf, der Zeus' Befehle ohne nachzudenken ausführt – ein Unmensch »wie gemacht für die Taten eines jeden Tyrannen«.⁴

Diese Art von Macht, personifiziert durch Kratos, ist es, die die Demokratie mit der Autokratie und allen anderen Herrschaftsformen teilt. Sie teilen die Zwangsinstitutionen: den Justizapparat, die Polizei und das Militär, von denen alle schon vor der Demokratie existierten und die sie alle schon mehrmals überlebt haben. Dies sind die Mittel »wie gemacht für die Taten eines jeden Tyrannen«, ob der Tyrann an der Spitze ein König ist, eine Bürokrat_innenkaste oder »das Volk« selbst. »Die Demokratie ist nichts als das Niederknüppeln des Volkes durch das Volk für das Volk«, wie Oscar Wilde es formulierte. Muammar al-Gaddafi nahm diesen Gedanken ein Jahrhundert später zustimmend und frei von jeder Ironie in seinem Werk *Das Grüne Buch* wieder auf: »Demokratie ist die Kontrolle des Volkes durch das Volk.«

Im heutigen Griechisch ist *kratos* einfach das Wort für Staat. Um die Demokratie verstehen zu können, müssen wir die Regierung selbst genauer betrachten.

4 Nach der Übersetzung von Thomas Medwin.

VOR 2500 JAHREN
HABEN WIR DER WELT DEN KRIEG
ERKLÄRT!



WIR NENNEN DIESEN KRIEG
DEMOKRATIE!

Die Monopolisierung der Rechtmäßigkeit

»So wie in absoluten Regierungen der König das Gesetz ist, so sollte in freien Ländern das Gesetz der König sein.«

Thomas Paine, Common Sense

Als eine Form der Regierung dient die Demokratie dazu, eine einzige Ordnung aus einer Kakophonie an Bedürfnissen zu schaffen, indem sie die wirtschaftlichen Mittel und Aktivitäten aller Minderheiten vermeintlich in die von der Mehrheit diktierte Politik einfließen lässt.

Um dies zu erreichen, braucht jede Demokratie einen Ort der rechtmäßigen Entscheidungsfindung, der vom Rest des Lebens abgegrenzt ist. Dies könnte ein Kongress in einem Regierungsgebäude sein, eine Generalversammlung auf einem Gehweg oder eine App, die über das iPhone um Stimmen wirbt. In jedem Fall sind nicht die unmittelbaren Bedürfnisse und Sehnsüchte der Teilnehmer_innen die Quelle der Legitimität, sondern ein bestimmter Prozess der Entscheidungsfindung und dessen Protokoll. In einem Staat wird dies das ›Rechtsstaatsprinzip‹ genannt, auch wenn dieses Prinzip nicht notwendigerweise ein formelles Rechtssystem benötigt.

»Warum kann es nicht eine Regierung geben, in der nicht die Mehrheiten entscheiden, was Recht und Unrecht ist, sondern das Gewissen?«

Henry David Thoreau, Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat

Dies ist das Wesen der Regierung: Entscheidungen, die an einem Ort getroffen werden, bestimmen, was an allen anderen Orten geschehen darf. Das Ergebnis ist Entfremdung – die Spannung zwischen dem, was entschieden wird, und dem, was gelebt wird.

Die Demokratie verspricht, das Problem der Entfremdung zu lösen, indem sie jede_n in den Ort der Entscheidungsfindung integriert: die Herrschaft aller über alle. »Die Bürger_innen einer Demokratie unterwerfen sich dem Gesetz, da sie erkennen, dass sie, wie indirekt auch immer, sich selbst als Gesetzgeber_innen

unterwerfen.⁵ Aber wenn alle Entscheidungen tatsächlich von den Menschen getroffen würden, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, dann bräuhete es keine Mittel, um sie zu erzwingen.

Wie sehr bist du von der Idee überzeugt, dass das demokratische Verfahren wichtiger ist als dein eigenes Gewissen und deine Werte? Lass uns ein kurzes Gedankenexperiment machen. Stell dir vor, du würdest in einer demokratischen Republik mit Sklav_innen leben – nehmen wir das antike Athen oder das antike Rom oder die Vereinigten Staaten vor dem Jahre 1865. Würdest du dich an die Gesetze halten und Menschen als Eigentum behandeln, während du dich darum bemühest, die Gesetze zu ändern, in dem vollen Bewusstsein, dass in der Zwischenzeit ganze Generationen in Ketten leben und sterben könnten. Oder würdest du ungeachtet der Gesetze nach deinem Gewissen handeln wie Harriet Tubman und John Brown?

Wenn du in die Fußstapfen von Harriet Tubman treten würdest, dann glaubst auch du, dass es etwas wichtigeres gibt als das Rechtsstaatsprinzip. Dies ist für all diejenigen ein Problem, die die Übereinstimmung mit dem Gesetz oder mit dem Willen der Mehrheit zum endgültigen Kriterium der Legitimierung machen wollen.

Checks and Balances

Wie werden die Minderheiten in einem System geschützt, in welchem die Gewinner_innen alles bekommen? Befürworter_innen der Demokratie erklären, dass Minderheiten durch institutionelle Maßnahmen geschützt werden – durch die Checks and Balances, ein System, das die Aufrechterhaltung der Gewaltenteilung sichern soll.

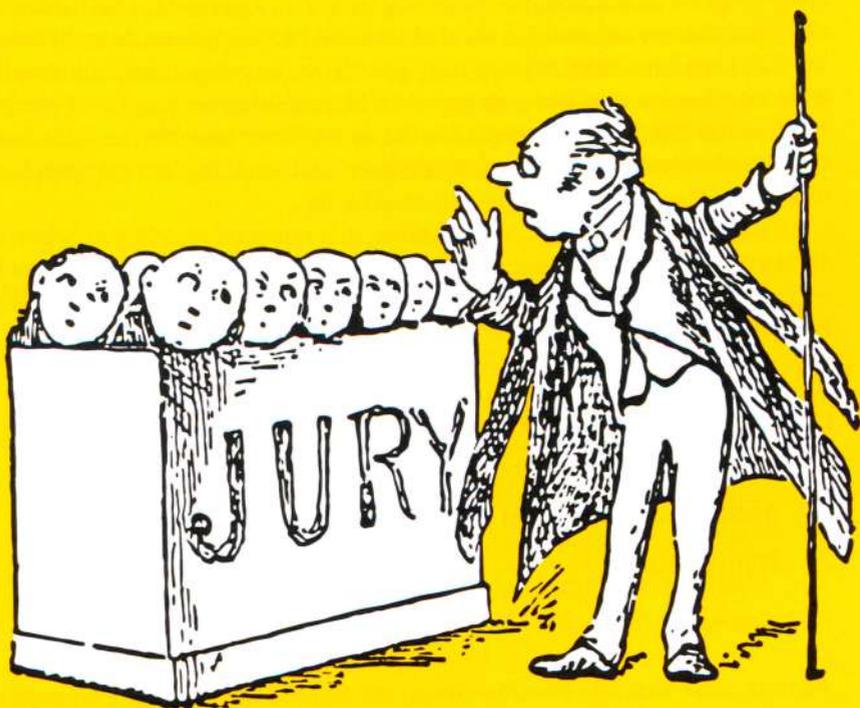
Mit anderen Worten soll die selbe Struktur, die Macht über die Minderheiten hat, sie vor sich selbst beschützen. Es gibt nur eine Pille, also schlucke die, die dich krank gemacht hat.

Dieses scheinbare Paradoxon hat den Gestaltern der US-Verfassung keine Sorgen bereitet, denn die Minderheit, um deren Schutz sie sich hauptsächlich kümmerten, waren die Grundbesitzer – und die hatten bereits einen unverhältnismäßigen Einfluss auf die Institutionen des Staates. James Madison drückte es 1787 folgendermaßen aus:

5 <http://www.ait.org/tw/infousa/zhtw/DOCS/whatsdem/whatdm4.htm>, eine Seite, die von dem Büro für Internationale Informationsprogramme des US-Außenministeriums hergestellt und gewartet wird.

DIES IST EINE DEMOKRATIE, KEINE ANARCHIE.
WIR HABEN IN DIESEM LAND EIN SYSTEM, UM
REGELN ZU ÄNDERN. WENN DU IM OBERSTEN
GERICHTSHOF BIST, KANNST DU DIESE
ENTSCHEIDUNG FÄLLEN.

- ROBERT STUTMAN



»Unsere Regierung sollte die dauerhaften Interessen des Landes vor Innovation beschützen. Grundbesitzer sollten an der Regierung beteiligt sein, um diese wertvollen Interessen zu unterstützen, und sie sollten die anderen prüfen und im Gleichgewicht halten. Sie sollten so konstituiert sein, dass sie die Minderheit der Reichen vor der Mehrheit schützen können.«

Also können die Organe des Mehrheitsprinzips in der Tat dazu dienen, die Minderheit zu schützen – wenn wir von den am stärksten privilegierten Minderheiten sprechen. Alles andere wäre einfach nur naiv.

Der Glaube daran, dass institutionelle Maßnahmen dazu dienen können, Mehrheiten im Zaum zu halten, bedeutet, darauf zu setzen, dass die Institutionen immer besser sein werden als die Menschen, die sie führen. Je mehr Macht wir den Instrumenten der Regierung gewähren, um so gefährlicher werden diese Instrumente sein, wenn sie gegen die Marginalisierten eingesetzt werden. Wenn es das Ziel ist, die Minderheiten vor der Mehrheit zu schützen, dann kann die Zentralisierung der gesamten Macht und Legitimität in einer einzigen institutionellen Struktur das Problem nur verschärfen.

Minderheiten müssen die Macht haben, sich selbst zu verteidigen, wenn sie nicht von der Mehrheit dominiert werden sollen. Nur eine dezentrale Machtverteilung, verstärkt durch eine kollektive Verpflichtung zur Solidarität, kann sicherstellen, dass sie diese Macht immer haben werden.

»Die große Schwierigkeit liegt darin: erst muss die Regierung befähigt werden, die Regierten zu kontrollieren; und als nächstes muss sie dazu verpflichtet werden, sich selbst zu kontrollieren.«

James Madison – The Federalist

Anstatt, dass sich alle zusammentun, um das Mehrheitsprinzip zu erzwingen, sollten die Partisan_innen der Freiheit kooperieren, um die Möglichkeit der Herrschaft an sich zu verhindern. Dies kann nicht allein ein institutionelles Projekt sein; es muss über alle Arten bestehender Einrichtungen und Organe hinaus gehen, damit es nicht an den gleichen Beschränkungen scheitert.

Die Vorstellung, dass demokratische Institutionen die Rechte von Individuen schützen können, dient dazu, die Staatsmacht auf Kosten der persönlichen

Freiheit zu legitimieren.⁶ Die Auswirkung ist, dass der Staat, um ein gewisses Maß an bedingter Freiheit für die Einzelnen aufrechtzuerhalten, die größte Macht innehaben muss – die Befugnis, jedem einzelnen die Freiheit zu nehmen. Unter dem Vorwand, wie Isiah Berlin es formulierte, dass »die Freiheit für den Wolf der Tod für das Lamm« ist, trachtet der Staat danach, Schafe zu produzieren, um sich selbst die Rolle des Wolfes vorzubehalten.

Es gibt auch andere Möglichkeiten, als sich die Freiheit als ein Nullsummenspiel vorzustellen, das durch den Staat reguliert werden muss. Wie wäre es, wenn wir uns die Freiheit als etwas Kumulatives vorstellen? Wenn viele die Tyrannei akzeptieren, müssen wir gezwungenermaßen auch unter ihr leben, aber wenn es Menschen gibt, die gegen sie aufbegehren, dann schaffen diese Möglichkeiten für uns, das Gleiche zu tun. Wenn wir die Freiheit als eine gemeinschaftlich erzeugte Beziehung zu unseren Potenzialen verstehen und nicht als eine unumstößliche Liste persönlicher Rechte, dann bedeutet frei zu sein nicht, von den Autoritäten beschützt zu werden, sondern dann ist es ein Projekt, in dem offene Orte der Möglichkeiten geschaffen werden. So gesehen verstärkt die Freiheit einer Person die Freiheit aller,⁷ wohingegen eine stärker zentralisierte Zwangsmacht die Freiheit für jede_n einzelne_n einschränkt.

Der Konsens der Regierten

»Nur die anwesenden, wahrhaft versammelten Menschen sind das Volk und stellen die Öffentlichkeit dar... Rousseaus berühmte These, dass die Menschen nicht repräsentiert werden können⁸, beruht auf dieser Wahrheit. Sie können nicht repräsentiert werden, weil sie anwesend sein müssen, und nur etwas Abwesendes, nicht etwas Präsenes, kann repräsentiert

6 s. Walter E. Williams. »Democracy or a Republic«

7 »Nur dann bin ich wahrhaft frei, wenn alle Menschen, die mich umgeben, Männer und Frauen, ebenso frei sind wie ich. Die Freiheit der anderen, weit entfernt davon, eine Beschränkung oder die Verneinung meiner Freiheit zu sein, ist im Gegenteil ihre notwendige Voraussetzung und Bestätigung.« – Michail Bakunin

8 »Wo ein Volk sich Vertreter gibt, ist es nicht mehr frei.« – Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts

werden. Nur als anwesendes, wahrhaft versammeltes Volk existieren sie in einer reinen Demokratie mit einem Höchstmaß an Identität.«

Carl Schmitt⁹, Verfassungslehre

Artikel 21 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1948 besagt, dass »der Wille des Volkes [...] die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt [bildet]«. Regierungen leiten ihre Legitimität »von der Einwilligung der Regierten« ab, heißt es in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Aber wie bestimmen wir, ob die Regierten ihre Einwilligung gegeben haben?

Lasst uns mit den ungeheuerlichsten Fällen anfangen. Heutzutage leben deutlich mehr als eine Milliarde Menschen unter eindeutig autoritären Regimen, die sich selbst nichtsdestotrotz als demokratisch bezeichnen. Wir können anfangen, indem wir den gemeinsamen Nenner identifizieren, den diese selbsternannten Demokratien mit solchen Regierungen teilen, wie sie in den Vereinigten Staaten herrschen.

In gewisser Hinsicht kann es keine Regierung ohne die Beteiligung der Regierten geben; es gibt kein *kratos* ohne *demos*.¹⁰ Somit finden wir auf der einen Seite des Spektrums der angeblichen Demokratien Regime wie die Volksrepublik China – die Mao, ähnlich wie Lenin¹¹, die *Demokratische Diktatur des Volkes*¹² nannte.

Wenn die Demokratie nur eine Form der Volksregierung durch Repräsentant_innen ist, dann stellen diese drei Wörter nicht zwangsläufig einen Widerspruch

⁹ Bewegungen, die die physische Anwesenheit im öffentlichen Raum betonen, so wie Occupy Wall Street, teilen diesen Schwerpunkt mit Nazis wie Carl Schmitt, dem Kronjuristen des Dritten Reiches. Dies ist die älteste Form der Demokratie – eher jene der Spartaner als der Athener –, in welcher die Massen durch ihren Jubel eine Bewegung oder eine herrschende Partei als Repräsentanten legitimieren und nicht Wahlen.

¹⁰ In *Überwachen und Strafen* und anderen Werken setzt sich Foucault überzeugend mit dieser Wirkungsweise auseinander und hebt hervor, wie Menschen auf allen Ebenen der Gesellschaft dazu beitragen, Hierarchien aufrechtzuerhalten.

¹¹ Zum Beispiel in »Demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft – demokratische und proletarische Revolution«. Zwei Generationen später wurde Kindern, die in der Sowjetunion aufwuchsen, beigebracht, dass die Welt in zwei Zonen aufgeteilt war: die demokratischen Länder (diejenigen unter sowjetischer Herrschaft oder sowjetischem Einfluss) und die imperialistischen Länder (unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten).

¹² »Nur das Volk hat das Recht zu wählen, nicht die Reaktionäre. Die Kombination dieser beiden Aspekte, Demokratie für das Volk und Diktatur für die Reaktionäre, ist die Demokratische Diktatur des Volkes.« – Mao Zedong. »Über die demokratische Diktatur des Volkes«

dar. Eine Wahl zu gewinnen, ist eine Art, um die Legitimation zu beanspruchen, vom Volk erwählt worden zu sein – auf den Straßen anerkannt zu sein oder durch Volksaufstände eingesetzt zu werden, sind andere. Im antiken Sparta wurden die Führer durch einen Ruf-Wettbewerb in den Ältestenrat gewählt – der Kandidat, der den lautesten Applaus erhielt, gewann.¹³ Der Fachbegriff hierfür heißt *Akklamation*. Die demokratischen Regierungen, die nach den französischen Revolutionen der Jahre 1848 und 1870 zuerst die Macht übernahmen, wurden auf eine ganz ähnliche Art gewählt: Revolutionäre riefen den versammelten Menschenmassen durch die Fenster des Hôtel de Ville die Namen von Repräsentant_innen zu, um die Reaktion des Volkes zu messen. In Mazedonien riefen im Jahre 2015 die Regierung und die Opposition jeweils zu konkurrierenden Demonstrationen auf. Beide Seiten versuchten, ihren Anspruch auf die Macht dadurch zu bestätigen, dass sie mehr Menschen mobilisieren konnten – eine Wahl durch Massenkundgebungen statt durch Stimmzettel. Und wenn wir, so wie Barack Obama, die ägyptische Revolution des Jahres 2011 als *demokratisch*¹⁴ betrachten, dann sehen auch wir das gewaltsame Vorgehen der Teilnehmenden als ein Mittel an, um Regierungen zu legitimieren.

Wenn also Menschen eine Regierung durch lautes Rufen oder durch öffentliche Gewalt wählen können, dann fehlt nicht mehr viel, um sich vorzustellen, dass sie auch eine Regierung wählen können, indem sie gerade *nichts tun*. Und in der Geschichte wurden der Bevölkerung ja auch bereits viele Diktatoren wie bei einer *Akklamation präsentiert*: Im antiken Sparta wie auch im Paris der französischen Revolution wurden die neuen Herrscher auf diese Weise »gewählt«. Hätten die Bewohner_innen der Demokratischen Volksrepublik Nordkorea Kim Jong-Il nicht loswerden können, wenn sie es gewollt hätten? Und wenn wir eingestehen, dass sie ihn nicht losgeworden sind, weil sie es nicht konnten, was sagt uns das dann über diejenigen, die in *echten* Demokratien, wie in den Vereinigten Staaten, der Regierung ihr Einverständnis erteilen? Vielleicht akzeptieren sie die Auferlegung der Gesetze, unabhängig davon, ob sie an Wahlen teilnehmen oder nicht, nur, weil sie nicht dazu in der Lage sind, sich gegen den mächtigsten Militärapparat in der Geschichte des Sonnensystems zu wehren. Wählen wir die Regierungen, die uns beherrschen, weil wir sie wollen, oder wollen wir sie, weil wir keine andere Wahl haben?

13 Siehe bspw. »Shouts, Murmurs and Votes: Acclamation and Aggregation in Ancient Greece« von Melissa Schwartzberg.

14 Siehe »Remarks by the President on Egypt«, 11. Februar 2011. Mensch könnte einwerfen, dass die amerikanische, die französische und die ägyptische Revolution nicht als »demokratisch« bezeichnet werden, weil sie das Volk repräsentierten, als sie eine neue Form der Regierung wählten, sondern weil sie die Bedingungen schufen, durch die Wahlen richtig durchgeführt werden konnten. Dennoch betrachten wir diese Revolutionen häufig dahingehend, dass sie in irgendeiner Form »den Willen des Volkes« repräsentierten – wo sollte sonst die Legitimität des Wahlvorgangs herrühren, den sie institutionalisiert haben?

Dies stellt ein Problem dar, wenn wir davon ausgehen, dass Regierungen ihre Legitimität durch die Einwilligung der Regierten erhalten. Wenn dieser Anspruch gelten soll, dann müsste es wirklich leicht sein, den gesamten Staatsapparat zu stürzen. Jede Mehrheit könnte dies dann ohne größere Schwierigkeiten durchführen. Wahre Freiheit definiert sich nicht darüber, wie viel Teilhabe uns *innerhalb* einer gegebenen Struktur gewährt wird, sondern darüber, ob wir die Freiheit haben, die Struktur zu ändern.

Die ursprüngliche Demokratie

»Sollen wir wirklich glauben, dass es vor den Athenern niemandem nirgendwo in den Sinn gekommen ist, alle Mitglieder einer Gemeinschaft zu versammeln, um gemeinsame Entscheidungen in einer Weise zu treffen, bei der alle das gleiche Mitspracherecht hatten?«

David Graeber, Fragmente einer anarchistischen Anthropologie

Im antiken Athen, der viel gepriesenen »Geburtsstätte der Demokratie«, erkennen wir bereits die Ausgrenzung und den Zwang, die seit jeher unerlässliche Merkmale demokratischer Regierungen sind.¹⁵ Nur erwachsene, männliche Bürger mit militärischer Ausbildung konnten abstimmen; Frauen, Sklav_innen, Schuldner_innen und alle, denen es an »athenischem Blut« mangelte, wurden ausgeschlossen. Es war weniger als ein Fünftel der Bevölkerung, das in die demokratischen Prozesse einbezogen wurde. Gewiss war die Sklaverei im antiken Athen weiter verbreitet als in anderen griechischen Stadtstaaten und Frauen hatten weniger Rechte im Vergleich zu Männern. Ein höheres Maß an Gleichheit unter den Männern ging anscheinend mit einem stärkeren Zusammenhalt gegen Frauen und Fremde einher. Der Raum der partizipativen Politik war eine »Gated Community«.

¹⁵ Versammlungen und Gerichtsverhandlungen wurden im antiken Athen in der agora abgehalten, einem Marktplatz, der gesäumt war von den Tempeln, in denen auch der Sklavenmarkt betrieben wurde. Hier können wir die Keimzelle aller Säulen unserer Gesellschaft erkennen – Wirtschaft, Kirche, Staat und Volk – sowie die ihnen innewohnende Ungleichheit und Ausgrenzung. Wir können die agora als eine vereinigte Zone des Wettbewerbs betrachten, in der vier austauschbare Währungen abgestufte Machtungleichgewichte skizzieren. Die Versammlung der Athener war bekannt unter dem Namen Ekklesiä, das selbe Wort, das später die christliche Kirche als Ganzes bezeichnete – zwei historisch miteinander verwobene Wege, den sozialen Körper zu definieren, der als »Volk« gilt.

Wir können die Grenzen dieser Gated Community in dem athenischen Gegensatz zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten – also zwischen *polis* und *oikos* – erkennen.¹⁶ Die *polis*, der griechische Stadtstaat, war ein Raum des öffentlichen Diskurses, in dem alle Bürger als gleichwertig betrachtet wurden – zumindest in der Theorie. Im Gegensatz dazu war *oikos*, der Haushalt, ein hierarchisch organisierter Raum, in dem die männlichen Eigentümer uneingeschränkt herrschen konnten – eine Zone außerhalb des Geltungsbereichs der Politik, die ihr nichtsdestotrotz als Fundament dient. In dieser Dichotomie repräsentiert *oikos* alles, was die Ressourcen bereitstellt, die die Politik aufrecht erhalten, und dennoch wird es als gegeben hingenommen, dass *oikos* der Politik vorausgeht und sich somit außerhalb ihrer Sphäre befindet.

Diese Kategorien sind bis heute erhalten geblieben. Die Wörter *Politik* (Angelegenheiten der Stadt) und *Polizei* (Verwaltung der Stadt) leiten sich von *polis* ab, während *Ökonomie* (Führung des Haushalts) und *Ökologie* (Lehre vom Haushalt) sich von *oikos* ableiten.

Die Demokratie basiert nach wie vor auf dieser Unterscheidung. So lange eine politische Unterscheidung zwischen öffentlich und privat besteht, kann alles, vom Haushalt (der geschlechtsspezifische Raum der Intimität, der die herrschende Ordnung mittels unsichtbarer und unbezahlter Arbeit aufrechterhält¹⁷) bis zu ganzen Kontinenten und Völkern (wie Afrika während der Kolonialzeit – oder Schwarz-Sein an sich¹⁸), aus der Sphäre der Politik verbannt werden. Auch die Idee des Privateigentums und die Marktwirtschaft, die durch sie entsteht, haben seit Anbeginn der Demokratie ihren Unterbau gebildet. Auch sie werden nicht infrage gestellt, während sie durch den politischen Apparat durchgesetzt und verteidigt werden.

Zum Glück ist das antike Athen nicht der einzige Bezugsrahmen für egalitäre Entscheidungsfindungen. Ein flüchtiger Blick auf andere Gesellschaften enthüllt zahlreiche andere Beispiele, von denen viele nicht auf Ausgrenzung und Zwang basieren. Aber sollten wir auch diese Systeme als *Demokratien* verstehen?

16 Weitere Informationen zu diesem Thema bietet *Contract and Contagion. From Biopolitics to Oikonomia* von Angela Mitropoulos

17 In diesem Zusammenhang bedeutet der Einwand »Das Persönliche ist politisch« eine feministische Ablehnung der Dichotomie zwischen *oikos* und *polis*. Aber wenn dieser Einwand so verstanden wird, dass auch das Private demokratischen Entscheidungen unterworfen werden sollte, dann dehnt es nur die Logik der Regierung auf andere Aspekte des Lebens aus. Die wirkliche Alternative besteht darin, zahlreiche Orte der Macht anzuerkennen, mit dem Argument, dass die Legitimität nicht auf einen Raum beschränkt sein sollte, sodass Entscheidungen, die im Haushalt getroffen werden, nicht solchen untergeordnet sind, die auf den Schauplätzen der formalen Politik beschlossen werden.

18 s. Frank B. Wilderson III, »The Prison Slave as Hegemony's [Silent] Scandal«

JEDER WIRD EINEN
TEIL VON ALLEM HABEN UND
JEDLICHES EIGENTUM SOLL GEMEINGUT
SEIN; ES WIRD KEINE ARMEN UND KEINE
REICHEN MEHR GEBEN; ICH WERDE DAMIT
BEGINNEN, LAND, GELD UND ALLES,
WAS PRIVATEIGENTUM IST, ALLEN ZUR
VERFÜGUNG ZU STELLEN.

UND WER WIRD
DAS LAND
BEWIRTSCHAFTEN?

DIE SKLAVEN
NATÜRLICH.



In seinem Werk *Frei von Herrschaft: Fragmente einer anarchistischen Anthropologie* kritisiert David Graeber seine Kolleg_innen dafür, dass sie Athen als den Ursprung der Demokratie identifizieren. Er mutmaßt, dass die Modelle der Irokesen, Berber, Sulawesi oder Tallensi einfach deshalb nicht so viel Aufmerksamkeit bekommen, weil bei keinem dieser Modelle Wahlen eine zentrale Rolle spielen. Einerseits ist es gut, dass Graeber unsere Aufmerksamkeit auf Gesellschaften lenkt, die eher versuchen, einen Konsens zu schaffen als Zwang auszuüben: Viele dieser Gesellschaften verkörpern die besten Werte, die mit der Demokratie in Verbindung gebracht werden, besser als es das antike Athen tat. Andererseits ergibt es für uns keinen Sinn, diese Beispiele als wahre Demokratien zu bezeichnen, während wir das demokratische Erbe der Griechen infrage stellen, die diesen Begriff erfanden. Es ist trotzdem Ethnozentrismus: Der Wert eines nicht-westlichen Beispiels wird hervorgehoben, indem ihm ein Ehrentitel in unserem eigenen – zugegebenermaßen unterlegenen – westlichen Wertesystem gegeben wird.¹⁹ Lasst uns stattdessen einräumen, dass die Demokratie als eine spezifische historische Praxis, die in Sparta und Athen ihren Anfang nahm und weltweit umgesetzt wurde, nicht den Ansprüchen gerecht wird, die wir in vielen dieser anderen Gesellschaften entdecken können, und dass es keinen Sinn ergibt, diese als demokratisch zu beschreiben. Es wäre verantwortungsvoller und genauer, würden wir sie mit ihren eigenen Begriffen beschreiben und ehren.

Damit bleibt letztendlich nur Athen als die ursprüngliche Demokratie übrig. Könnte es sein, dass Athen nicht deshalb so viel Einfluss hatte, weil es so frei war, sondern weil es die partizipative Politik nutzte, um die Macht des Staates zu stärken? Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die meisten Gesellschaften der Menschheitsgeschichte ohne Staaten existiert; einige waren hierarchisch organisiert, andere wiederum horizontal, aber keine staatenlose Gesellschaft hatte die zentralisierte Macht von *kratos*. Die Staaten, die existierten, waren im Gegensatz dazu kaum egalitär. Die Athener erfanden eine Zwischenform, die Horizontalität mit Ausgrenzung und Zwang verband. Wenn wir es als gegeben

19 Ein Teil der Verwirrung rührt daher, dass Graeber einfach Demokratie mit »Verfahren einer egalitären Entscheidungsfindung« gleichsetzt, wie er es in seinem Essay »There Never Was a West« getan hat. Graeber erkennt beiläufig an, dass die Traditionen, die auf das antike Griechenland zurückgehen, sich von den anderen von ihm zitierten Beispielen der egalitären Entscheidungsfindung dadurch unterscheiden, dass Wahlen bei ihnen eine zentrale Rolle spielen, aber er geht nicht weiter auf diesen Unterschied ein. Folglich gelangt er zu einem Paradoxon: »Seit zweihundert Jahren haben Demokrat_innen versucht, die Ideale einer Selbst-Verwaltung durch die Bevölkerung auf den Zwangsapparat eines Staates zu übertragen. Letztendlich ist dieses Projekt undurchführbar. Staaten können, qua ihrer Natur, niemals wirklich demokratisiert werden.« Aber das antike Griechenland war auch ein Staat und er basierte nicht weniger auf Zwangsmitteln, als es die heutigen Demokratien tun. Das Problem besteht nicht darin, wie Graeber argumentiert, dass »der demokratische Staat immer schon ein Widerspruch an sich war«, sondern darin, dass Graeber nicht die Widersprüche in seiner eigenen politischen Systematik gelöst hat.

hinnehmen, dass der Staat wünschenswert oder zumindest unvermeidbar ist, dann klingt das ansprechend. Aber wenn der Staat die Wurzel des Problems ist, dann waren die Sklaverei und das Patriarchat im antiken Athen nicht frühe Unregelmäßigkeiten im demokratischen Leitbild, sondern Anzeichen für das Machtungleichgewicht, das von Anfang an in die DNA der Demokratie eingeschrieben war.



Demokratie ist ein trojanisches Pferd, das die im Staat inhärenten Machtungleichheiten in sich trägt und sie in Gestalt der Selbstbestimmung in die Polis trägt.

Repräsentative Demokratie – Ein Markt der Macht

Die Regierung der USA hat mehr mit der Republik des antiken Rom als mit dem antiken Athen gemeinsam. Anstatt direkt zu regieren, wählten die Bürger Roms Repräsentanten, die eine komplexe Bürokratie leiteten. Als das römische Staatsgebiet expandierte und von Reichtümern überflutet wurde, verloren viele Kleinbauern ihre Existenzgrundlage, woraufhin eine große Anzahl Enteigneter in die Hauptstadt strömte. Die folgenden Unruhen zwangen die Republik dazu, das Wahlrecht auf immer größere Teile der Bevölkerung auszuweiten. Doch die politische Einbeziehung konnte der ökonomischen Ungleichheit der römischen Gesellschaft kaum entgegenwirken. All dies klingt auf unheimliche Weise bekannt.

Die römische Republik kam zu ihrem Ende, als Julius Caesar die Macht an sich riss; von da an wurde Rom von Kaisern regiert. Dennoch änderte sich für die durchschnittlichen Römer_innen nur wenig. Die Bürokratie, das Militär, die Wirtschaft und die Gerichte arbeiteten genauso weiter wie zuvor.

Schauen wir uns die Situation achtzehn Jahrhunderte später während der amerikanischen Revolution an. Aufgebracht wegen der »Besteuerung ohne Repräsentation« begannen in Nordamerika lebende Staatsbürger_innen des Britischen Empire eine Rebellion und schufen ihre eigene repräsentative Demokratie²⁰, die bald danach durch einen an Rom angelehnten Senat komplettiert wurde. Doch wieder einmal blieb die Funktion des Staates unverändert. Diejenigen, die dafür gekämpft hatten, den König loszuwerden, stellten schnell fest, dass Besteuerung *mit* Repräsentation sich kaum vom vorherigen Zustand unterschied. Das Resultat war eine Reihe von Aufständen, unter anderem die Shay's Rebellion (1786-87), die Whisky Rebellion (1794) und der Heesses-Wasser Uffschstand (1799-1800), die alle brutal niedergeschlagen wurden. Die neue demokratische Regierung erreichte, was das Britische Empire nicht geschafft hatte: sie befriedete die Bevölkerung dank der Loyalität vieler Bürger_innen, die gegen den König revoltiert hatten. Dieses Mal stellten sie sich auf die Seite der Autoritäten – denn war es nicht so, dass die neue Regierung sie *repräsentierte*?²¹

»Diejenigen, die an die schärfste Unterscheidung zwischen Demokratie und Monarchie glauben, können kaum glauben, dass eine politische Institution so viele Veränderungen durchmacht und trotzdem dieselbe bleibt. Doch schon ein kurzer Blick zeigt uns, dass in der gesamten Entwicklung der englischen Monarchie, mit all ihren Erweiterungen und ihren Revolutionen und selbst mit ihrem Sprung über das Meer hin zu einer Kolonie, die eine unabhängige Nation wurde und dann ein mächtiger Staat, dieselben Funktionsweisen und Haltungen des Staates bewahrt wurden und im Wesentlichen unverändert blieben.«

Randolph Bourne, Der Staat

20 Dies ist ein grundlegender Widerspruch demokratischer Regierungen: Obwohl sie durch ein Verbrechen gegründet wurden, erklären sie das Gesetz für heilig – sie legitimieren eine neue herrschende Ordnung als die Erfüllung und Fortführung einer Revolte.

21 »Gehorsam gegenüber dem Gesetz ist wahre Freiheit« heißt es auf einem Mahnmal für die Soldaten, die die Shay's Rebellion niedergeschlagen hatten.

Diese Tragödie hat sich permanent wiederholt. Während der Französischen Revolution des Jahres 1848 betrat der Polizeipräfekt der vorläufigen Regierung das verlassene Büro des königlichen Polizeipräfekten und nahm dieselben Papiere zur Hand, die sein Vorgänger gerade niedergelegt hatte. Als im 20. Jahrhundert in Griechenland, Spanien und Chile, und vor Kurzem in Tunesien und Ägypten, Diktaturen zu Demokratien wurden, mussten die sozialen Bewegungen, die die Diktatoren gestürzt hatten, gegen dieselbe Polizei weiterkämpfen, doch nun unter einem demokratischen Regime. Das ist *kratos*, von Bill Moyers als »Tiefer Staat« bezeichnet, der von einem Regime an das nächste weitergegeben wird.

»Eine verfassungsgebende Versammlung ist das Mittel, das von der privilegierten Klasse verwendet wird, wenn eine Diktatur nicht möglich ist, entweder um eine Revolution aufzuhalten oder, wenn eine Revolution bereits im Gange ist, um ihr Fortschreiten zu verhindern unter dem Vorwand, sie zu legalisieren. Sie wird verwendet, um möglichst viele der Errungenschaften, die die Menschen während des Aufstandes erlangt haben, wieder rückgängig zu machen.«

Errico Malatesta. Gegen die verfassungsgebende Versammlung wie auch gegen die Diktatur

Gesetze, Gerichte, Gefängnisse, Geheimdienste, Steuerbehörden, Armeen, Polizei – die meisten dieser auf Zwang basierenden Machtinstrumente, die wir in einer Monarchie oder einer Diktatur als unterdrückend betrachten, arbeiten in einer Demokratie nicht anders. Deshalb kann ein und dieselbe Regierung nahtlos zwischen der Durchsetzung der Entscheidungen einer Minderheit und der Vollstreckung des Willens der Mehrheit hin und her wechseln. Doch wenn es uns vergönnt ist, einen Stimmzettel abzugeben, um mitzuentcheiden, wer diese Institutionen überwacht, werden wir sie viel eher als *unsere* betrachten, selbst wenn sie gegen uns eingesetzt werden. Dies ist die große Errungenschaft nach zweieinhalb Jahrhunderten demokratischer Revolutionen: Statt die Mittel abzuschaffen, mit denen die König_innen regierten, wurden diese Mittel als »vom Volke« ausgehend deklariert.

Die Übertragung der Macht von den Herrschenden auf Versammlungen hat seit der Amerikanischen Revolution dazu gedient, revolutionäre Bewegungen im Keim zu ersticken. Anstatt die ersehnten Veränderungen mittels direkter Aktionen selbst herbeizuführen, vertrauten die Rebell_innen diese Aufgabe ihren Vertreter_innen an den Schaltstellen des Staates an – nur um mit ansehen zu müssen, wie ihre Träume verraten wurden.

Der Staat ist in der Tat mächtig, aber was er nicht vermag, ist seinen Untergebenen Freiheit zu gewähren. Er kann dies nicht tun, da seine Existenz auf ihrer Unterwerfung basiert. Er kann andere unterordnen, er kann Ressourcen beschlagnahmen und konzentrieren, er kann Gebühren und Abgaben verhängen, er kann Rechte und Zugeständnisse gewähren – die Trostpreise der Regierten –, aber er kann keine Selbstbestimmung bieten. *Kratos* kann beherrschen, aber er kann nicht befreien.

Stattdessen verspricht die repräsentative Demokratie die Möglichkeit, sich gegenseitig mittels eines Rotationsprinzips zu regieren: ein dezentralisiertes und zeitlich begrenztes Königtum, so diffus, dynamisch und doch hierarchisch wie der Aktienmarkt. In der Praxis gibt es immer noch Herrscher_innen, die im Vergleich zu allen anderen ein enormes Maß an Macht ausüben; üblicherweise entstammen diese, wie die Bushs und Clintons, einer de facto herrschenden Klasse. Es dürfte niemanden überraschen, dass diese herrschende Klasse die Tendenz hat, die oberen Ränge aller anderen Hierarchien in unserer Gesellschaft einzunehmen, seien es formelle oder informelle Hierarchien. Selbst wenn eine Politikerin in einfachen Verhältnissen aufgewachsen ist, werden ihre Interessen sich, je länger sie Macht ausübt, immer stärker von denen der Regierten unterscheiden. Dennoch, das wahre Problem sind nicht die Absichten einzelner Politiker_innen; das wahre Problem ist der Staatsapparat.

Während die Kandidat_innen um das Recht konkurrieren, die Zwangsmittel des Staates lenken zu dürfen, stellen sie niemals den Wert des Staates an sich infrage, sogar wenn sie in der Praxis selbst von dessen Macht betroffen sind. Die repräsentative Demokratie bietet ein Druckventil: Wenn die Menschen unzufrieden sind, richten sie ihren Blick auf die nächste Wahl, da sie den Staat an sich als gegeben hinnehmen. Ist es denn nicht so, dass, wenn wir die Profitgier der Unternehmen oder die Umweltzerstörung beenden wollen, der Staat das einzige Mittel ist, das ausreichend Macht hat, um diese Ziele zu erreichen? Es ist doch egal, dass es der Staat war, der erst die Bedingungen geschaffen hat, unter denen diese negativen Entwicklungen möglich wurden.

So weit zu Demokratie und politischer Ungleichheit. Doch was ist mit der ökonomischen Ungleichheit, die seit jeher mit der Demokratie einhergeht?



Es wäre naheliegend anzunehmen, dass ein System, das auf Mehrheitsentscheidungen basiert, dazu tendiert, die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich zu reduzieren, wenn die Armen die Mehrheit stellen. Doch ist die momentane Herrschaft der Demokratie – genau wie im antiken Rom – von einer enormen Kluft zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen geprägt. Wie kann das sein?

So wie der Kapitalismus in Europa den Feudalismus abgelöst hat, so hat sich die repräsentative Demokratie als tragfähiger als die Monarchie erwiesen, da sie Mobilität innerhalb der Hierarchien des Staates ermöglichte. Der Euro und die Wahlurne sind beides Mechanismen, mit denen die Macht dergestalt hierarchisch verteilt wird, dass die Hierarchie nicht im Mittelpunkt steht. Im Gegensatz zu dem politischen und wirtschaftlichen Stillstand der Feudalzeit sorgen Kapitalismus und Demokratie dafür, dass die Macht unaufhörlich neu verteilt wird. Dank dieser dynamischen Anpassungsfähigkeit hat die potenzielle Rebellion bessere Chancen, ihren Status innerhalb des herrschenden Systems zu verbessern als dieses zu stürzen. Daher neigt die Opposition eher dazu, das politische System von innen heraus neu zu beleben als es zu gefährden.

»Die freie Wahl der Herren schafft die Herren oder die Sklaven nicht ab. Freie Auswahl unter einer breiten Mannigfaltigkeit von Gütern und Dienstleistungen bedeutet keine Freiheit, wenn diese Güter und Dienstleistungen die soziale Kontrolle über das Leben von Mühe und Angst aufrechterhalten – das heißt die Entfremdung. Und die spontane Reproduktion aufgenötigter Bedürfnisse durch das Individuum stellt keine Autonomie her; sie bezeugt nur die Wirksamkeit der Kontrolle.«

Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*

Die repräsentative Demokratie verhält sich zur Politik wie der Kapitalismus zur Wirtschaft. Die Begehren der Konsument_innen und der Wähler_innen werden von Währungen verkörpert, die zwar individuelle Ermächtigung versprechen, aber dennoch unablässig die Macht am oberen Ende der sozialen Pyramide konzentrieren. Solange die Macht dort konzentriert bleibt, ist es sehr einfach, jede_n zu stoppen, zu kaufen oder zu zerstören, der_die die Existenz der Pyramide bedroht.

Dies erklärt, warum die Reichen und Mächtigen, wenn ihre Interessen durch die Institutionen der Demokratie gefährdet wurden, die Gesetze außer Kraft setzen konnten, um mit dem Problem umzugehen – nehmen wir als Beispiele die grauenhaften Schicksale der Gracchi Brüder im antiken Rom und das von Salvador Allende im modernen Chile; Politiker, die durch demokratische Wahlen an die Macht kamen, nur um wieder gestürzt zu werden, weil sie damit drohten, den Reichtum umzuverteilen. Innerhalb des Staatsgefüges hat das Eigentum immer über die Demokratie triumphiert.²²

22 Die radikal-liberalen Kapitalist_innen behaupten, dass selbst die Aktivitäten der demokratischsten Regierung die reine Funktionsweise des freien Marktes beeinträchtigen, während die Anhänger_innen der reinen Demokratie sich sicher sein können, dass, solange es wirtschaftliche Ungleichheiten gibt, die Reichen immer einen überproportionalen Einfluss auf demokratische Prozesse haben werden, selbst wenn diese noch so sorgsam konstruiert sind. Tatsächlich jagen jedoch sowohl die radikal-liberalen Kapitalist_innen als auch die reinen Demokrat_innen Irrlichtern hinterher, denn die Regierung und die Wirtschaft sind untrennbar miteinander verbunden. Der Markt braucht den Staat, um die Eigentumsrechte durchzusetzen, während die Demokratie im Grunde ein Mittel ist, mit dem die politische Macht übertragen, gebündelt und investiert wird; sie ist ein Markt für die Vertretung selbst.

DEMOKRATIE BEDEUTET, DASS
100% DER BEVÖLKERUNG
ZUSAMMENARBEITEN, DAMIT 51% DER
WÄHLERSCHAFT DAS RECHT HABEN ZU
ENTSCHEIDEN, WER ALLEN ANDEREN
BEFEHLEN KANN, WAS ZU TUN IST.
IN DER PRAXIS BIN DAS NATÜRLICH
- ICH.



»In der repräsentativen Demokratie, genauso wie im kapitalistischen Konkurrenzkampf, bekommen angeblich alle eine Chance, aber nur einige wenige schaffen es an die Spitze. Wenn du nicht gewonnen hast, hast du es halt nur nicht hart genug versucht! Das ist dieselbe Rechtfertigung, die angewandt wird um die Ungerechtigkeiten von Sexismus und Rassismus zu begründen: ›Ihr faulen Hunde, ihr hättet Bill Cosby oder Hillary Clinton sein können, wenn ihr euch nur mehr angestrengt hättet.« Es gibt allerdings nicht genug Platz an der Spitze für uns alle, egal wie hart wir arbeiten.

Wenn die Realität durch die Medien geformt wird und der Einfluss in den Medien durch den Wohlstand bestimmt wird, sind Wahlen nichts anderes als Werbekampagnen. Marktkonkurrenz diktiert, welche Lobbyist_innen Zugang zu den Ressourcen haben, welche die Grundlagen bestimmen, auf denen Wähler_innen ihre Entscheidungen treffen. Unter diesen Umständen ist eine politische Partei im Wesentlichen eine Maklerin, die Investmentmöglichkeiten für die kommende Legislaturperiode anbietet. Es wäre albern zu erwarten, politische Repräsentant_innen würden sich gegen die Interessen ihres Klientels stellen, da ihre Macht direkt von diesem abhängt.«

CrimethInc, Work

Direkte Demokratie I: Die Smartphones entscheiden lassen?

»Wahre Demokratie entsteht nur durch die direkte Beteiligung des Volkes und nicht durch die Aktivität seiner Repräsentanten. Parlamente bildeten ein legalistisches Hindernis zwischen dem Volk und der Machtausübung, indem sie die Massen von der Macht ausschlossen und an ihrer Stelle die unumschränkte Gewalt an sich rissen. Dem Volk blieb die falsche äußere Erscheinung von Demokratie, die sich in langen Reihen zur Stimmabgabe vor den Wahlurnen ausdrückte.«

Muammar al-Gaddafi, *Das grüne Buch*

Damit kommen wir zur Gegenwart. In Afrika und Asien entstehen momentan neue Bewegungen für Demokratie. Unterdessen haben viele Menschen in Europa und Amerika, die vom Versagen der repräsentativen Demokratie desillusioniert sind, ihre Hoffnungen in die direkte Demokratie gelegt: Eine Verlagerung, weg vom Modell der Römischen Republik, zurück zu seinem Athenischen Vorgänger. Wenn unser Problem die Ignoranz der Regierung gegenüber unseren Problemen ist, ist mehr Beteiligung dann nicht die Lösung, sodass wir die Macht direkt ausüben, anstatt sie Politiker_innen zu übertragen?

Doch was bedeutet das genau? Bedeutet es regelmäßige Volksabstimmungen wie jene, die zum Brexit geführt hat?²³ Bedeutet es, über Gesetze abzustimmen und nicht über Gesetzgeber_innen? Bedeutet es, die herrschende Regierung zu stürzen und an ihrer Stelle eine Regierung von föderativen Versammlungen einzurichten? Oder etwas anderes?

Wenn direkte Demokratie nur eine partizipativere und zeitintensivere Möglichkeit ist, den Staat zu lenken, wird sie uns einerseits vielleicht ein größeres Mitspracherecht bei den Regierungsdetails bieten, die ihm eigene

23 Im Juni 2016 wählte Großbritannien in einer Volksabstimmung den Austritt aus der Europäischen Union. Von Nationalist_innen als Triumph der direkten Demokratie gefeiert, regte es die rechtsextremen Parteien in den Niederlanden und Deutschland dazu an, regelmäßige Volksabstimmungen in ihr Parteiprogramm aufzunehmen.

politischer Prozess partizipativ ist, macht ihn nicht automatisch frei von Zwang. Solange die Mehrheit die Möglichkeit hat, der Minderheit ihre Entscheidungen aufzuzwingen, sprechen wir von einem System, das denselben Geist hat, wie jenes, das heute die USA regiert: Ein System, das auch Gefängnisse, Polizei und Steuereintreiber_innen braucht, oder andere Einrichtungen, die deren Funktionen erfüllen. Ist es heute schon schwierig, Menschen gegen rassistische Praktiken der Polizei zu mobilisieren, bedenkt, wie viel schwieriger es wäre, gegen die Rechtmäßigkeit solcher Vorgehensweisen zu argumentieren, wenn die Bürger_innen einer überwiegend weißen Gesellschaft Polizeieinsätze mit ihren Smartphones demokratisch steuern würden.

Wahre Freiheit hängt nicht davon ab, wie partizipativ der Prozess des Fragenbeantwortens ist, sondern davon, in welchem Umfang wir die Fragen selbst formulieren können – und ob wir andere davon abhalten können, uns ihre Antworten aufzuzwingen. Die Institutionen, die in einer Diktatur oder unter einer gewählten Regierung arbeiten, sind nicht weniger unterdrückend, wenn sie ohne die Vermittlung durch Vertreter_innen direkt von einer Mehrheit eingesetzt werden. Im Endeffekt zeigt sich, dass sogar der direktdemokratischste Staat besser geeignet ist, die Macht zu konzentrieren, als Freiheiten zu vergrößern.

»Das digitale Projekt der Reduktion der Welt auf Repräsentation passt zum Programm der Wahldemokratie, in der nur Vertreter_innen durch die vorgeschriebenen Kanäle Macht ausüben dürfen. Beide stellen sich gegen alles, was unberechenbar und nicht reduzierbar ist, und zwingen die Menschheit in ein Prokrustesbett²⁴. Verschmolzen zur elektronischen Demokratie böten sie die Gelegenheit, über eine breite Palette von Detailfragen abzustimmen, während sie dafür sorgen, dass die Infrastruktur selbst nicht infrage gestellt wird – je partizipativer ein System ist, desto »legitimer.«

CrimethInc., Deserting the Digital Utopia

Direkte Demokratie II: Regierung ohne den Staat?

»Zunächst ist Demokratie keine Staatsform. Sie ist, ursprünglich, die wirkliche Macht der Menschen, die sich nie mit der Form eines Staats decken kann. Zwischen der Demokratie als Ausübung von gemeinsamer Denk- und Tatkraft und dem Staat, dessen Grundsatz es ist, sich dieser Kraft zu bemächtigen, wird es immer Spannungen geben. [...] Die Macht der Bürger_innen ist vor allem ihre Macht, frei zu handeln und eine eigenständige Kraft zu erzeugen. Staatsbürgerschaft ist kein Privileg, das damit verknüpft ist, in einem Land als Einwohner_in und Wähler_in registriert zu sein. Sie ist vor allem *eine Aufgabe, die nicht delegiert werden kann.*«

Jacques Rancière, Interview in *Público*, 15. Januar 2012

Nicht alle glauben, dass Demokratie ein Mittel zur Staatsregierung ist. Manche Befürworter_innen der Demokratie haben versucht, den Diskurs zu verändern, indem sie argumentierten, dass wahre Demokratie mit staatlichen Strukturen unvereinbar sei. Für die Gegner_innen des Staats erscheint dies wie ein strategischer Zug, um sich der ganzen Rechtmäßigkeit zu bemächtigen, mit der die Demokratie über drei Jahrhunderte der Volksbewegungen und selbstbeweihräuchernder Staatspropaganda aufgeladen wurde. Bei diesem Ansatz gibt es allerdings drei grundlegende Probleme.

Erstens ist er geschichtslos. Demokratie entstand als Form der Staatsregierung und praktisch alle bekannten geschichtlichen Beispiele für Demokratie wurden von einem Staat durchgeführt oder zumindest von Leuten, die danach strebten zu regieren. Die positiven Assoziationen, die wir heute mit Demokratie als einer Reihe abstrakter Ziele verbinden, kamen erst später.

Zweitens fördert er die Verwirrung. Wer Demokratie als Alternative zum Staat bewirbt, unterscheidet selten sinnvoll zwischen den beiden. Wenn mensch Repräsentation, Zwangsmittel und Rechtsstaatlichkeit weglässt, jedoch

die anderen Kennzeichen – Staatsbürger_innenschaft, Wahlen und die Zentralisierung der Legitimität auf eine einzige Entscheidungsstruktur –, welche die Demokratie zu einem Mittel der Regierung machen, beibehält, führt das zum Erhalt der Regierungsverfahren ohne die Mechanismen, die sie *wirksam* machen. Das Schlimmste aus beiden Welten wird so vereint. Jene, die eine nichtstaatliche Demokratie anstreben und erwarten, dass sie die Funktionen des Staates erfüllt, werden daher unvermeidlich enttäuscht, und gleichzeitig wird eine Situation geschaffen, in der die nichtstaatliche Demokratie dazu neigt, die Dynamiken, welche wir mit staatlicher Demokratie verbinden, in kleinerem Maßstab zu reproduzieren.

Letztlich ist es ein aussichtsloser Kampf. Wenn das, was du mit dem Wort Demokratie bezeichnen willst, nur außerhalb des staatlichen Rahmens auftreten kann, führt die Verwendung eines Begriffs, der seit 2500 Jahren mit Staatspolitik in Verbindung gebracht wird, zu beträchtlichen Missverständnissen.²⁵ Die meisten Leute werden zu dem Schluss gelangen, dass das, was du mit Demokratie meinst, doch mit dem Staat vereinbar ist. Das ebnet den Weg für staatsfixierte Parteien und Strategien, welche die Legitimität in der öffentlichen Wahrnehmung zurückgewinnen wollen, sogar nachdem der Staat alle Glaubwürdigkeit bereits verloren hat. Während der regierungskritischen Proteste in Spanien und Griechenland 2011 gewannen die politischen Parteien Podemos und Syriza wegen ihres Geredes über direkte Demokratie auf den besetzten Plätzen von Barcelona und Athen enorm an Zugkraft und gelangten damit in die Regierungssäle, wo sie sich nun aufführen wie jede andere politische Partei. Sie machen noch immer Demokratie, nur *effizienter* und *effektiver*. Ohne eine Sprache, die zwischen dem, was sie im Parlament machen, und dem, was die Menschen auf den Plätzen gemacht haben, unterscheidet, wird sich dieser Vorgang immerzu wiederholen.

Wenn wir das, was wir tun, wenn wir uns dem Staat widersetzen, als angewandte Demokratie bezeichnen, schaffen wir nur die Grundlage dafür, dass unsere Bemühungen wieder von größeren Vertretungsstrukturen vereinnahmt

25 Der Einwand, dass die Demokratien, welche heute die Welt regieren, keine echten Demokratien seien, führt letztlich zu dem Schluss, dass es keine »echten Demokratien« gibt. Wenn sich bei näherer Betrachtung herausstellt, dass keine bestehende Demokratie dem entspricht, was du unter dem Wort verstehst, brauchst du vielleicht einen anderen Ausdruck für das, was du zu beschreiben versuchst. Es erinnert an die Kommunist_innen, die, mit den unterdrückerischen kommunistischen Regimes des 20. Jahrhunderts konfrontiert, beteuern, dass kein einziges davon wirklich kommunistisch war. Wenn eine Idee so schwierig umzusetzen ist, dass es Hunderten von Millionen von Menschen, ausgestattet mit einem beträchtlichen Anteil der menschlichen Ressourcen, die über mehrere Jahrhunderte hinweg ihr Bestes gegeben haben, nicht gelungen ist, ein einziges funktionierendes Modell hervorzubringen, dann ist es an der Zeit, etwas Neues zu versuchen. Gebt den Anarchist_innen ein Zehntel der Gelegenheiten, die die Marxist_innen und Demokrat_innen hatten, und dann können wir darüber reden, ob Anarchie funktioniert!

werden. Demokratie ist nicht nur eine Möglichkeit für die Verwaltung des Regierungsapparats, sondern auch für dessen Erneuerung und Legitimierung. Kandidat_innen, Parteien, Regimes und sogar die Regierungsform können von Zeit zu Zeit ausgetauscht werden, wenn klar wird, dass sie die Probleme ihrer Wähler_innen nicht lösen können. Auf diese Weise kann der Staat selbst – die Wurzel zumindest einiger dieser Probleme – bestehen bleiben. Direkte Demokratie ist nur der neueste Markenname.

Auch ohne die bekannten staatlichen Fallen muss bei jeder Regierungsform irgendwie bestimmt werden, wer sich zu welchen Bedingungen an der Entscheidungsfindung beteiligen kann – wieder einmal geht es darum, wer zu *demos* gehört. Zu Beginn mögen solche Bestimmungen vage sein, doch werden sie immer konkreter, je älter eine Institution wird und je mehr auf dem Spiel steht. Und wenn es keine Möglichkeit gibt, Entscheidungen durchzusetzen – kein *kratos* –, werden die Entscheidungsfindungsprozesse der Regierung nicht mehr Gewicht haben als die Entscheidungen, die die Menschen selbstständig treffen.²⁶ Das ist das Paradoxon eines Projekts, welches eine *Regierung* ohne den Staat anstrebt.

In Murray Bookchins Formulierung des libertären Kommunalismus als Gegenentwurf zur staatlichen Herrschaft werden diese Widersprüche sehr deutlich.²⁷ Im libertären Kommunalismus würde eine exklusive und erklärtermaßen politisch avantgardistische Organisation, bestimmt durch Gesetze und eine Verfassung, Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluss treffen. Sie würde Kandidat_innen für die Stadtratswahl aufstellen, mit dem langfristigen Ziel, ein Bündnis zu etablieren, welches den Staat ersetzen kann. Sobald ein solches Bündnis auf den Weg gebracht ist, müsste die Mitgliedschaft verbindlich sein, auch wenn teilnehmende Kommunen sich zurückziehen wollten. Wer versucht, eine Regierung ohne den Staat aufrechtzuerhalten, erhält wahrscheinlich etwas Staatsähnliches mit anderem Namen.

Die wichtigste Unterscheidung ist dann wohl nicht die zwischen Demokratie und Staat, sondern zwischen Regierung und Selbstbestimmung. Regierung ist die Ausübung von Autorität über einen bestimmten Raum oder ein politisches

26 Ohne formelle Einrichtungen gehen demokratische Organisationen oftmals einen anderen Weg, um ihre Entscheidungen durchzusetzen: Indem sie Maßnahmen, die außerhalb ihrer Strukturen ergriffen werden, delegitimieren und Gewaltanwendung gegen solche gutheißen. So kommt es zu der klassischen Szene, bei der Ordner_innen Demonstrant_innen angreifen, weil sie etwas getan haben, was nicht im Vorfeld der Demonstration durch einen zentralisierten demokratischen Prozess beschlossen wurde.

27 Vgl. Bookchins »Thoughts on Libertarian Municipalism« in der Zeitschrift *Left Green Perspectives*, Ausgabe #41 vom Januar 2000

System: Ob der Vorgang diktatorisch oder partizipativ ist, das Endergebnis ist die Ausübung von Kontrolle. Selbstbestimmung dagegen bedeutet, über das eigene Potenzial zu den eigenen Bedingungen zu verfügen: Wenn Menschen sie gemeinsam ausüben, beherrschen sie einander nicht, sondern fördern die Autonomie auf einer sich gegenseitig verstärkenden Grundlage. Frei getroffene Vereinbarungen erfordern keine zwangsmäßige Durchsetzung; Systeme, die die Rechtmäßigkeit in einer einzigen Institution oder einem Entscheidungsprozess bündeln, jedoch immer.

Es ist komisch, für die Idee, dass der Staat grundsätzlich unerwünscht ist, das Wort *Demokratie* zu verwenden. Der korrekte Ausdruck für diese Idee ist *Anarchismus*. Anarchismus lehnt jede Exklusion und Herrschaft zugunsten der radikalen Dezentralisierung von Machtstrukturen, Entscheidungsprozessen und Vorstellungen von Rechtmäßigkeit ab. Es geht weniger darum, auf eine vollkommen partizipative Weise zu regieren, als darum, jegliche Form von Herrschaft unmöglich zu machen.

»Wir alle müssen gleichzeitig sowohl Herrscher_in als auch Beherrschte_r sein, sonst ist ein System von Herrscher_innen und Untergebenen die einzige Alternative [...] In anderen Worten: Freiheit kann nur durch politische Machtteilung erhalten werden und diese Teilung erfolgt durch politische Institutionen.«

Cindy Milstein, *Democracy Is Direct*



Vom Platz ins Parlament: Demokratie als gruppengestützte Staatsmacht.

Konsens und die Fantasie der einstimmigen Regierung

»Wenn man das Wort in der ganzen Strenge seiner Bedeutung nimmt, so hat es noch nie eine wahre Demokratie gegeben und wird es auch nie geben. [...] Es ist nicht denkbar, dass das Volk unaufhörlich versammelt bleibe, um sich den Regierungsgeschäften zu widmen.«

Jean-Jacques Rousseau, *Der Gesellschaftsvertrag*

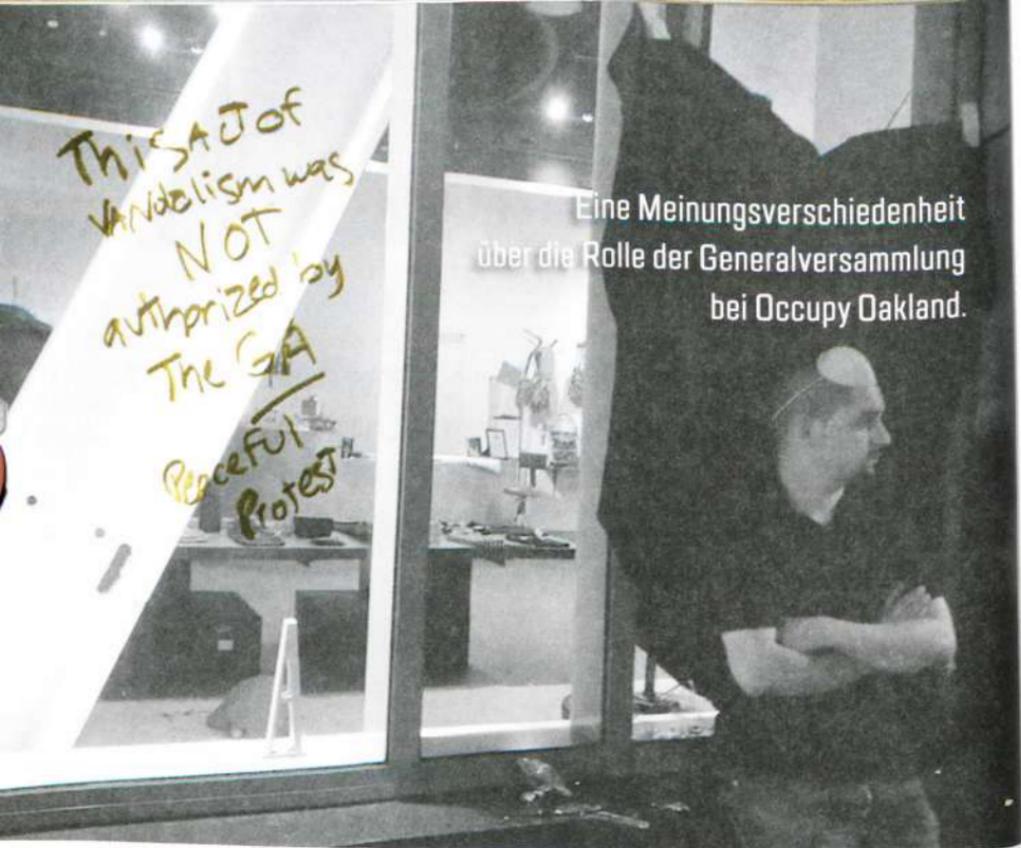
Wenn die gemeinsamen Nenner der demokratischen Regierung Staatsbürger_innenschaft und Polizeiwesen sind – *demos* und *kratos* –, würde die radikalste Demokratie diese Kategorien auf die ganze Welt ausdehnen: Universelle Staatsbürger_innenschaft und Bürger_innenpolizei. In der idealen demokratischen Gesellschaft wäre jede Person eine Bürgerin,²⁸ und jede Bürgerin wäre eine Polizistin.²⁹

Am äußersten Extrempunkt dieser Logik wäre Mehrheitsprinzip gleich Konsensprinzip: nicht die Herrschaft der Mehrheit, sondern einstimmige Herrschaft. Je näher wir der Einstimmigkeit kommen, als desto legitimer wird die Regierung wahrgenommen – wäre die Herrschaft nach dem Konsensprinzip also nicht die legitimste Regierungsform von allen? Dann, endlich, würden wir keine Polizei mehr brauchen.

Offensichtlich ist das unmöglich. Es lohnt sich jedoch, über die Utopie nachzudenken, die diese Vision einschließt. Stell dir die Art von Totalitarismus vor, die die nötige Geschlossenheit hervorbringen kann, um eine Gesellschaft durch konsensualen Prozess zu *regieren* – um *jede_n* zur Zustimmung zu bewegen. So viel dazu, die Dinge auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen!

28 In der Theorie versagen exklusionsbasierte Kategorien, wie (Staats-)Bürger_innenschaft, wenn wir sie auf die ganze Welt ausdehnen. Doch wenn wir sie überwinden wollen, warum lehnen wir sie dann nicht von vornherein ab, statt sie weiter zu rechtfertigen, während wir die Überwindung versprechen? Wenn wir den Begriff Bürger_innenschaft verwenden, um etwas Wünschenswertes zu beschreiben, wird die Rechtmäßigkeit dieser Einrichtung, wie sie heute besteht, unweigerlich verstärkt.

29 Tatsächlich ist das englische Wort ›police‹ vom altgriechischen Wort für Bürger – *polis* – abgeleitet.



Wenn die Alternative zu Zwang die Abschaffung von Uneinigkeit ist, muss es mit Sicherheit einen dritten Weg geben.

Das Problem rückte während der Occupy-Bewegung 2011 in den Fokus. Einige Mitwirkende verstanden die Generalversammlungen als *leitende Organe* der Bewegung: Aus ihrer Sicht war es undemokratisch von den Menschen, ohne einstimmige Genehmigung zu handeln. Andere behandelten die Versammlungen wie *Orte der Begegnung* ohne reglementierende Obrigkeit; Orte, an denen die Leute Einflüsse und Ideen austauschen und sich veränderliche Gruppierungen um gemeinsame Handlungsziele herum bilden konnten. Die erste Gruppe fühlte sich betrogen, als manche Occupy-Aktivist_innen Taktiken einsetzten, die nicht in der Generalversammlung beschlossen worden waren. Die Zweite entgegnete, es mache keinen Sinn, einer willkürlich versammelten Menge, einschließlich buchstäblich aller Menschen, die zufällig auf der Straße vorbeikamen, ein Vetorecht einzuräumen.

Vielleicht ist es die Lösung, die Entscheidungsstrukturen sowohl dezentralisiert als auch konsensbasiert zu gestalten, was allgemeine Übereinstimmung unnötig macht. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, wirft jedoch neue Fragen auf. Wie sollen die Menschen in politische Entscheidungsgruppen aufgeteilt werden? Wodurch wird der Geltungsbereich einer Versammlung oder

die Reichweite der von ihr zu treffenden Entscheidungen bestimmt? Wer legt fest, an welchen Versammlungen eine Person teilnehmen kann oder wer von einer bestimmten Entscheidung am meisten betroffen ist? Wie werden Konflikte zwischen Versammlungen gelöst? Die Antworten auf diese Fragen werden entweder zur Verankerung einer Reihe von Regeln führen, die die Rechtmäßigkeit bestimmen, oder freiwilligen Zusammenschlüssen den Vorzug geben. Die Regeln im ersten Fall werden wahrscheinlich im Laufe der Zeit zu etwas Staatsähnlichem verknöchern, da die Leute sich im Streitfall auf das Protokoll berufen. In letzterem Fall werden die Entscheidungsfindungsstrukturen sich beständig verlagern, brechen, miteinander kollidieren und in natürlichen Vorgängen, die kaum als *Regierung* bezeichnet werden können, neu entstehen. Wenn es den Mitwirkenden an einem Entscheidungsprozess frei steht, sich daraus zurückzuziehen oder sich an Aktivitäten zu beteiligen, die den Entscheidungen widersprechen, dann ist das keine Regierung – sondern lediglich eine Unterhaltung.³⁰

Aus einem gewissen Blickwinkel betrachtet, ist das nur eine Frage des Schwerpunkts. Ist es unser Ziel, die ideale Institution herzustellen? Sie so horizontal und partizipativ zu machen wie möglich, uns ihr als wichtigste Grundlage der Autorität aber zu beugen? Oder ist die Maximierung der Freiheit unser Ziel und somit sind alle Institutionen, die wir erschaffen, der Freiheit untergeordnet und daher überflüssig? Noch einmal: Was hat die größere Rechtmäßigkeit, unsere Institutionen oder die Bedürfnisse und Wünsche, zu deren Erfüllung sie bestehen?

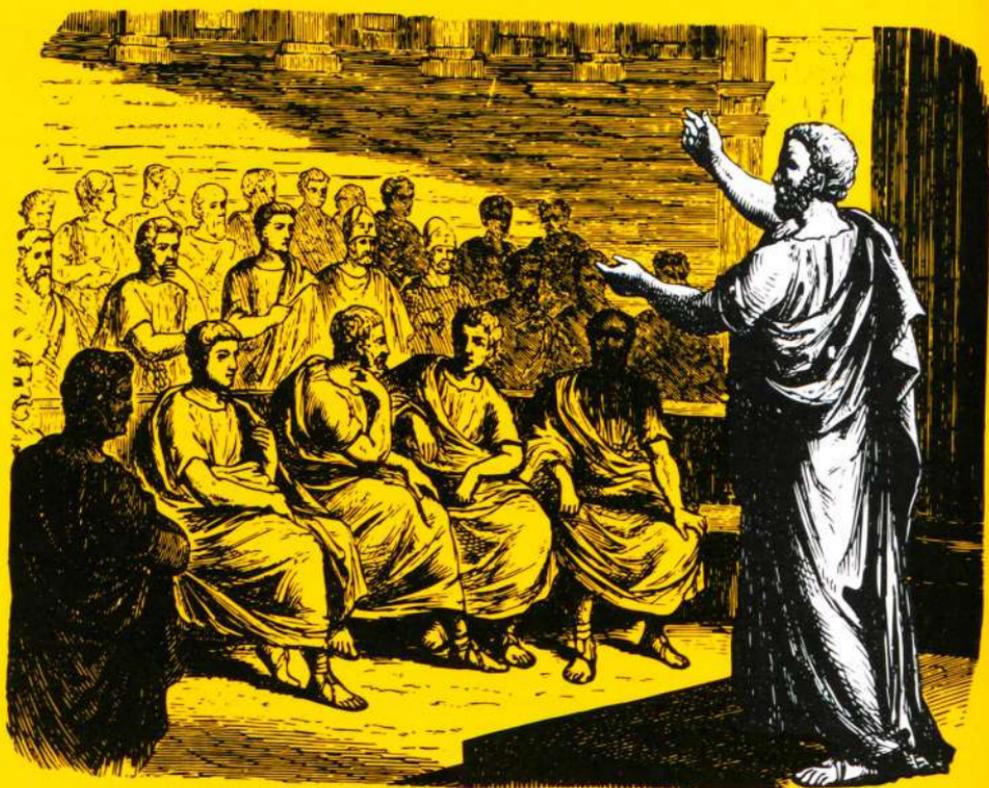
Sogar im günstigsten Fall sind Institutionen nur ein Mittel zum Zweck, haben an und für sich keinen Wert. Keine Person sollte dazu verpflichtet sein, sich an das Protokoll irgendeiner Institution zu halten, die ihre Freiheit unterdrückt oder ihre Bedürfnisse nicht erfüllt. Wenn es allen frei stehen würde, sich mit anderen auf einer rein freiwilligen Ebene zu organisieren, wäre das die beste Möglichkeit, Gesellschaftsformen zu entwickeln, die tatsächlich im Interesse aller Beteiligten sind: Sobald eine Struktur nicht für alle Mitwirkenden funktioniert, müsste sie weiterentwickelt oder ersetzt werden. Dieser Ansatz wird nicht die ganze Gesellschaft in Übereinstimmung bringen, ist jedoch die einzige Möglichkeit, um sicherzustellen, dass der Konsens sinnvoll und wünschenswert ist, *wenn* er denn zustande kommt.

30 Siehe Kants Argument in *Der Streit der Fakultäten*, das besagt, eine Republik sei »Gewalt mit Freiheit und Gesetz«, wohingegen Anarchie »Freiheit und Gesetz ohne Gewalt« sei – das Gesetz wird zur bloßen Empfehlung, die nicht durchgesetzt werden kann.

»Demokratie heißt zwar Regierung durch Diskussion, doch sie ist nur wirksam, wenn man die Leute dazu bringt, dass sie aufhören zu reden.«

Clement Attlee, Premierminister von Großbritannien, 1957

"DEZENTRALISIERUNG? IN DER THEORIE IST DAS EINE GUTE IDEE, ABER ICH BEZWEIFLE, DASS WIR UNS ÜBER DIE UMSETZUNG EINIG WERDEN."



Die Ausgeschlossenen: Race, Gender und Demokratie

»Wir haben nicht von der amerikanischen Demokratie profitiert.
Wir haben nur unter der amerikanischen Heuchelei gelitten«

Malcolm X, *The Ballot or the Bullet*

Wir hören oft Argumente für die Demokratie, die darauf basieren, dass die Demokratie als die inkludierendste Form der Regierung am besten dazu geeignet sei, den Rassismus und Sexismus unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Doch solange die Kategorien Regierte/Regierende und Einbezogene/Ausgeschlossene in die Struktur der Politik eingewoben sind, kodiert als »Mehrheiten« und »Minderheiten« – selbst wenn die Minderheiten zahlenmäßig die Mehrheiten übersteigen –, wird das Ungleichgewicht an Macht in Bezug auf die ethnische Zugehörigkeit (»Race«) sowie Gender immer auch ein Ungleichgewicht an politischer Macht bedeuten. Dies ist der Grund dafür, dass Frauen* und People of Color nicht den politischen Einfluss haben, der ihnen proportional zu ihrer Anzahl zustehen sollte, auch wenn sie seit über einem Jahrhundert das Wahlrecht haben. In seinem Spätwerk *The Abolition of White Democracy* präsentiert der späte Joel Olson eine überzeugende Kritik an dem, was er »weiße Demokratie« nennt – die Konzentration von demokratischer politischer Macht in weißen Händen mittels einer klassenübergreifenden Allianz von Menschen mit weißen Privilegien. Doch er nimmt es als gegeben hin, dass die Demokratie das erstrebenswerteste System ist und geht davon aus, dass die weiße Vorherrschaft eher eine nebensächliche Hürde ihres Funktionierens darstellt als eine logische Folge. Wenn die Demokratie die ideale Form von auf Gleichheit beruhenden Beziehungen ist, warum ist sie dann praktisch seit Beginn ihrer Existenz von strukturellem Rassismus³¹ durchzogen?

Wenn die Demokratie als Nullsummen-Wettbewerb konstruiert ist, werden diejenigen, die die Macht innehaben, diese nur sehr ungern mit anderen teilen. Denkt nur an die Männer, die das allgemeine Wahlrecht abgelehnt haben, oder an die Weißen, die dagegen waren, das Wahlrecht auf People of Color auszuweiten. Die Strukturen der Demokratie haben ihre Bigotterie nicht verhindert, sondern gaben ihnen einen Anreiz, diese zu institutionalisieren.

31 siehe bspw. das zweite Kapitel von Kendra A. Kings *African American Politics*

Olson zeigt auf, wie die herrschende Klasse die weiße Vorherrschaft förderte, um die Arbeiter_innenklasse zu spalten, aber er vernachlässigt, welchen Anteil die demokratischen Strukturen an diesem Prozess hatten. Er argumentiert, dass wir als Antwort auf diese Spaltung die Klassensolidarität vorantreiben sollten, aber wie schon Bakunin gegen Marx argumentierte,³² ist der Unterschied zwischen den Regierenden und den Regierten an sich schon ein Klassenunterschied – denken wir nur an das antike Athen. Die Ausgrenzung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit war schon immer die Kehrseite der Staatsbürger_innenschaft.

Die politische Dimension weißer Vorherrschaft ist also nicht nur eine Konsequenz der ungleichen Verteilung ökonomischer Macht in Bezug auf die ethnische Zugehörigkeit – sie produziert diese auch noch. Unsere Gesellschaft war schon lange vor dem Entstehen des Kapitalismus von ethnischen und rassistischen Trennungen geprägt; die Beschlagnehmung jüdischen Eigentums während der Inquisition finanzierte die ursprüngliche Kolonisierung Amerikas, und die Plünderung Amerikas sowie die Versklavung von Afrikaner_innen sorgte für das Startkapital, mit dem die Entwicklung des Kapitalismus in Europa und später in Amerika angekurbelt wurde. Es ist gut möglich, dass die Trennung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit auch die nächste tiefgreifende politische und ökonomische Veränderung überdauern wird – zum Beispiel in Form von exklusiven Versammlungen von überwiegend weißen Bürger_innen.

Es gibt keine einfachen Lösungen für dieses Problem. Reformist_innen sprechen oft davon, unser politisches System »demokratischer« zu machen, womit sie offener und gleichberechtigter meinen. Wenn ihre Reformen allerdings auf eine Weise umgesetzt werden, die die Institutionen der Regierung legitimieren und stärken, verleihen sie den Institutionen nur mehr Kraft, wenn sie gegen die Marginalisierten zuschlagen – wie wir es etwa an den Massenverhaftungen von Afroamerikaner_innen seit der Bürgerrechtsbewegung sehen können. Malcom X und andere Befürworter_innen des schwarzen Separatismus hatten Recht damit, dass eine von Weißen gegründete Demokratie Afroamerikaner_innen niemals Freiheit bieten würde – nicht weil Menschen unterschiedlicher Hautfarbe nicht miteinander leben können, sondern weil das demokratische Regierungssystem dadurch, dass es Politik zu einem Wettkampf um zentralisierte politische Macht gestaltet, Konflikte schafft, die ein Miteinander verhindern. Wenn die rassistischen Konflikte der heutigen Zeit jemals gelöst werden können, dann wird es durch den Aufbau neuer

32 Zum Beispiel in Bakunins Kritik der marxistischen Staatstheorie in *Gott und der Staat*

Beziehungen auf dezentraler Basis geschehen, und nicht dadurch, dass die Ausgeschlossenen in die politische Ordnung der bereits Einbezogenen aufgenommen werden.³³

»Durch den Aufbau einer auf Sklaverei basierenden Gesellschaft schuf Amerika die ökonomische Grundlage für sein großangelegtes Experiment der Demokratie... Die unentbehrliche Arbeiterklasse Amerikas existierte als Eigentum außerhalb der Sphäre der Politik, wodurch weiße Amerikaner_innen die Freiheit erlangten, ihre Liebe zur Freiheit und zu den demokratischen Werten herauszuposaunen.«

Ta-Nehisi Coates, *The Case for Reparations*

Solange wir das, was wir gemeinsam politisch auf die Beine stellen, als Demokratie bezeichnen – als eine Regierung durch einen legitimen Entscheidungsprozess –, werden wir sehen, wie diese Legitimität benutzt wird, um Programme zu rechtfertigen, die in der Praxis die weiße Vorherrschaft verkörpern, seien es die Programme des Staates oder die Entscheidungen eines Sprecher_innenrates. (Erinnern wir uns bspw. an die Spannungen zwischen dem Entscheidungsprozess der überwiegend weißen Vollversammlungen und den weniger weißen Camps innerhalb vieler Occupy-Gruppen). Nur wenn wir die Idee inhärenter Legitimität grundsätzlich aller politischen Prozesse verwerfen, werden wir dazu in der Lage sein, das letzte Alibi der rassistischen Ungleichheiten loszuwerden, die schon immer charakteristisch für demokratische Regierungen waren.

»So lange es die Polizei gibt, wen glaubst du, wird sie schikanieren? So lange es Gefängnisse gibt, wer wird in ihnen sitzen? So lange es Armut gibt, wer wird deiner Meinung nach

33 Soweit zumindest können wir mit Booker T. Washington übereinstimmen, als er sagte: »Das Experiment des Wiederaufbaus einer multirassischen Demokratie ist gescheitert, weil es am falschen Ende begann und die politischen Mittel und die Bürgerrechte betonte und nicht die wirtschaftlichen Mittel und die Selbstbestimmung.«

arm sein? Es ist naiv zu glauben, dass in einer Gesellschaft, die auf Hierarchien basiert, Gleichberechtigung geschaffen werden könnte. Du kannst zwar die Karten neu mischen, das Spiel bleibt aber das gleiche.«

CrimethInc., Alles Verändern

Wenden wir uns Gender zu, dann gibt uns das eine neue Perspektive darauf, warum Lucy Parsons, Emma Goldman und andere Frauen argumentierten, dass die Forderung nach dem Frauenwahlrecht am Ziel vorbeischießen würde. Warum sollte irgendwer die Möglichkeit ablehnen, an der Wahlpolitik teilzunehmen, so unvollkommen sie auch sein mag? Die kurze Antwort lautet, dass sie die gesamte Regierung abschaffen und sie nicht partizipativer gestalten wollten. Aber wenn wir genauer hinschauen, können wir einige spezifische Gründe erkennen, warum Menschen, die sich mit Frauenbefreiung beschäftigen, dem Wahlrecht kritisch gegenüberstehen könnten.

Lasst uns noch einmal auf *polis* und *oikos* zurückkommen – die Stadt und der Haushalt. Demokratische Systeme bauen auf einer formalen Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Sphären auf; die öffentliche Sphäre ist der Ort aller legitimen Entscheidungsfindungen, während die private Sphäre ausgeschlossen oder nicht berücksichtigt wird. Über eine Vielzahl von Gesellschaften und Zeitalter hinweg war diese Aufteilung hochgradig geschlechtsspezifisch aufgeladen: Männer beherrschten die öffentlichen Bereiche – Eigentum, Lohnarbeit, Regierung, Verwaltung und die Straßenecken –, während Frauen und jene außerhalb der Geschlechterdualität in private Bereiche verbannt wurden: Haushalt, Küche, Familie, Kindererziehung, Sexarbeit, Pflegearbeit und andere Formen unbezahlter und unsichtbarer Arbeit.

Solange demokratische Systeme die Macht der Entscheidungsfindung und die Autorität in der öffentlichen Sphäre zentralisieren, wird dies patriarchale Machtstrukturen reproduzieren. Dies ist besonders offensichtlich, wenn Frauen formell von Wahlen und Politik ausgeschlossen werden. Aber selbst, wenn dies nicht der Fall ist, werden ihnen in der öffentlichen Sphäre oft informelle Hürden auferlegt, während sie in der privaten Sphäre eine unverhältnismäßig hohe Verantwortung tragen.

»Die Geschichte der Bemühungen des Menschen in der Politik zeigt, dass ihm diese überhaupt nichts gebracht haben, was er nicht auch auf direkterem Wege, zu einem geringeren Preis und für einen längeren Zeitraum hätte erreichen können. Tatsache ist, dass er sich jeden Zentimeter Boden hart und ausdauernd erkämpfen musste, und zwar durch einen endlosen Kampf für die Selbstbehauptung, nicht durch das Wahlrecht. Es gibt keinerlei Grund zu der Annahme, dass die Frau in ihrem Aufstieg zur Emanzipation Hilfe vom Stimmzettel bekommen hat oder bekommen wird.«

Emma Goldman, Frauenwahlrecht

Die Aufnahme von mehr Teilnehmenden in die öffentliche Sphäre dient der weiteren Legitimierung eines Bereiches, in dem Frauen und jene außerhalb der Geschlechterdualität benachteiligt agieren. Wenn »Demokratisierung« eine Verlagerung der Entscheidungsprozesse von informellen und privaten zu öffentlichen politischen Bereichen bedeutet, könnte das Ergebnis sogar einige Arten der Macht von Frauen untergraben. Erinnern wir uns an die in den 1970er Jahren von Graswurzelbewegungen gegründeten Frauenhäuser, die durch staatliche Finanzierung in einem Maße professionalisiert wurden, dass die Frauen, die sie gegründet hatten, in den 1990er Jahren nicht einmal für die einfachsten Tätigkeiten qualifiziert gewesen wären.

Wir können uns also nicht darauf verlassen, dass der Grad der formellen Beteiligung von Frauen in der öffentlichen Sphäre einen Index für die Befreiung darstellt. Stattdessen sollten wir die geschlechterbasierte Unterscheidung zwischen öffentlich und privat dekonstruieren, indem wir anerkennen, was in Beziehungen, Familien, Haushalten, Nachbarschaften, sozialen Netzwerken und anderen Räumen passiert, die nicht als Teil der politischen Sphäre gelten. Dies würde nicht bedeuten, diese Bereiche zu formalisieren oder sie in eine angeblich *gender*-neutrale politische Praxis zu integrieren, sondern eher, eine Vielzahl von Wegen der Entscheidungsfindung zu legitimieren und zahlreiche Orte der Macht innerhalb der Gesellschaft anzuerkennen.

»Von allen modernen Täuschungen war der Stimmzettel sicherlich die größte...Das Prinzip der Herrschaft ist an sich falsch: kein Mensch hat das Recht einen anderen zu beherrschen.«

Lucy Parsons, *The Ballot Humbug*

Es gibt zwei Wege, auf die männliche Dominanz in der politischen Sphäre zu reagieren. Der erste ist, zu versuchen, den formellen öffentlichen Raum so zugänglich und inklusiv wie möglich zu machen – zum Beispiel, indem Frauen für die Wahl registriert werden, indem Kinderbetreuung angeboten wird, indem Quoten eingeführt werden, wer an Entscheidungen beteiligt werden muss, indem abgewogen wird, wem es erlaubt ist, in Diskussionen zu sprechen oder sogar, wie in Rojava, indem reine Frauenversammlungen mit Vetorecht eingeführt werden. Diese Strategie versucht, Gleichheit einzuführen, aber sie nimmt nach wie vor als gegeben hin, dass die gesamte Macht auf den öffentlichen Raum übertragen werden soll. Die Alternative ist, Wege und Praktiken der Entscheidungsfindung zu identifizieren, die schon jetzt Menschen handlungsfähig machen, die nicht von den männlichen Privilegien profitieren, und diesen ein höheres Maß an Legitimität einzuräumen. Dieser Ansatz nimmt Bezug auf langjährige feministische Traditionen³⁴, die das Leben der Menschen und ihre Erfahrungen über formelle Strukturen und Ideologien stellen und dabei die Wichtigkeit von Vielfalt anerkennen und jene Dimensionen des Lebens wertschätzen, die üblicherweise unsichtbar sind.

Diese beiden Ansätze können sich überschneiden und sich gegenseitig ergänzen, aber nur, wenn wir die Idee verwerfen, dass jegliche Legitimität in einer einzigen institutionellen Struktur konzentriert werden soll.

34 s. bspw. Heide Graswick: »Feminist Social Epistemology« in *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*

Argumente gegen Autonomie

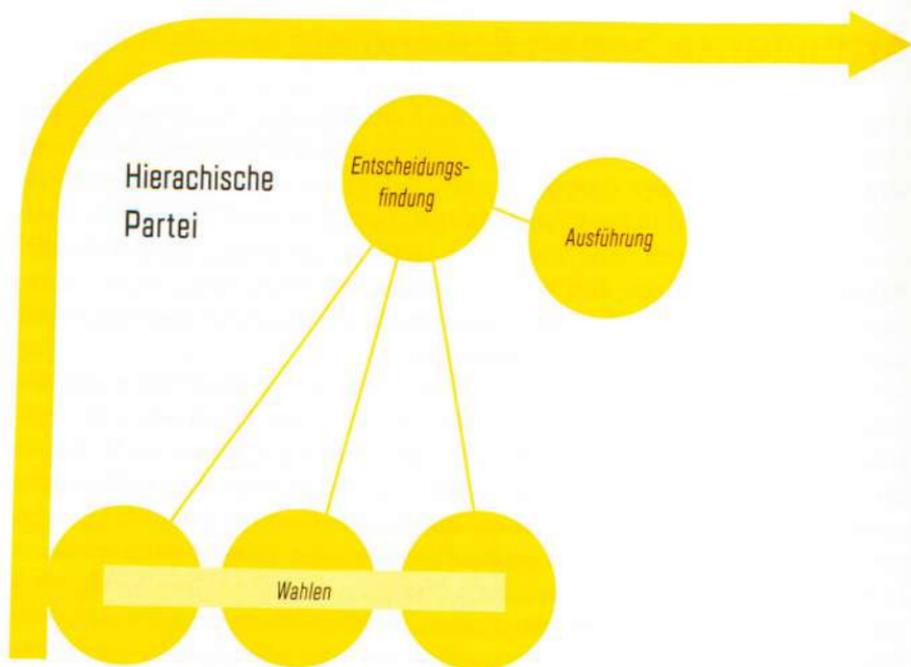
Es gibt viele Einwände gegen die Idee, dass Strukturen der Entscheidungsfindung freiwillig und nicht verpflichtend, dezentral und nicht monolithisch sein sollten. Uns wird gesagt, dass die Gesellschaft ohne eine zentrale Instanz zur Schlichtung von Konflikten in einen Bürger_innenkrieg zerfallen würde; dass es unmöglich sei, sich ohne eine Zentralgewalt gegen einen zentralisierten Aggressor zu verteidigen; dass wir das Instrument einer Zentralregierung brauchen, um mit Unterdrückung und Ungerechtigkeit umzugehen. Lasst uns jeden dieser Einwände der Reihe nach diskutieren.

Tatsächlich ist es genauso wahrscheinlich, dass die Zentralisierung von Macht Konflikte provoziert, wie dass sie die Konflikte löst. Wenn jede_r die Kontrolle über die Strukturen des Staates erlangen muss, um Einfluss auf die Bedingungen ausüben zu können, die das eigene Leben betreffen, sind Spannungen praktisch vorprogrammiert. In Israel/Palästina, Indien/Pakistan und anderen Orten, an denen Menschen unterschiedlicher Religionen und Ethnien autonom in relativem Frieden zusammenlebten, hat das vom Kolonialismus auferlegte Gebot, in den gegebenen Strukturen eines einzelnen Staates um die politische Macht zu ringen, zu langwieriger ethnischer Gewalt geführt. Solche Konflikte waren auch in der US-Politik des 19. Jahrhunderts üblich – denken wir an die frühen Bandenkriege vor den Wahlen in Washington und Baltimore³⁵ oder den Kampf um ›Bleeding Kansas‹. Auch wenn diese Kämpfe in den USA nicht mehr üblich sind, ist dies kein Beweis dafür, dass der Staat all die Konflikte gelöst hat, die durch ihn verursacht wurden.

Eine Zentralregierung, angepriesen als ein Weg, um Konflikte beizulegen, konsolidiert die Macht, sodass die Sieger_innen ihre Position mittels Waffengewalt beibehalten können. Und wenn die zentralisierten Strukturen zusammenbrechen, wie es in Jugoslawien während der Einführung der Demokratie in den 1990er Jahren der Fall war, können die Folgen in der Tat blutig sein. Im besten Fall schiebt die Zentralisierung den Konflikt nur hinaus, wie Schulden, die Zinsen generieren.

Aber haben dezentrale Netzwerke eine Chance gegen zentralisierte Machtstrukturen? Wenn nicht, wäre die ganze Diskussion überflüssig, da jeder Versuch, mit Dezentralisierung zu experimentieren, von stärker zentralisierten Rival_innen zerschlagen werden würde.

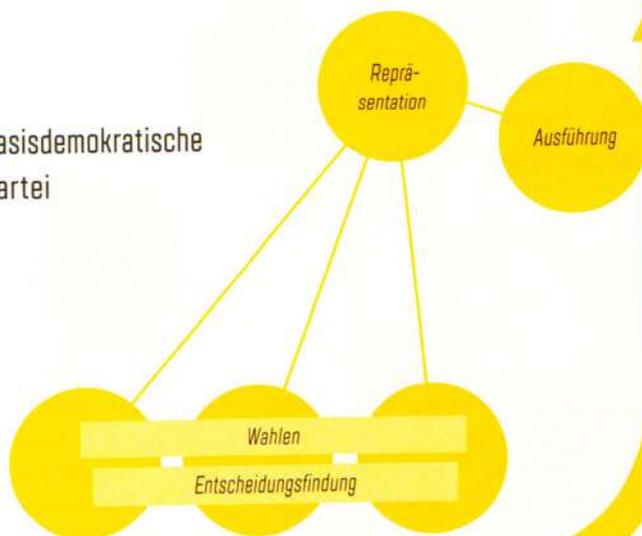
35 Z. B. am 1. Juni 1857 als Mitglieder der Plug Uglies aus Baltimore und andere Straßengangs, die die Know-Nothing Partei unterstützten, angehende Wähler_innen an den Wahllokale in Washington DC angriffen. Die Kämpfe dauerten an, bis zwei Kompanien der Marines entsandt wurden, um die Wahllokale zu sichern. Es kam zu sechs Toten und Dutzenden Verletzten.



Das Diagramm illustriert die Vorteile von dezentralisierten und autonomen, netzwerkbasierten Organisationen gegenüber sowohl repräsentativer Demokratie als auch gegenüber basisdemokratischer direkter Demokratie.

Pena-López, I (2016) »Are assembly-based parties network parties?«, in ICTlogy, #148, January 2016, Barcelona: ICTlogy

Basisdemokratische Partei

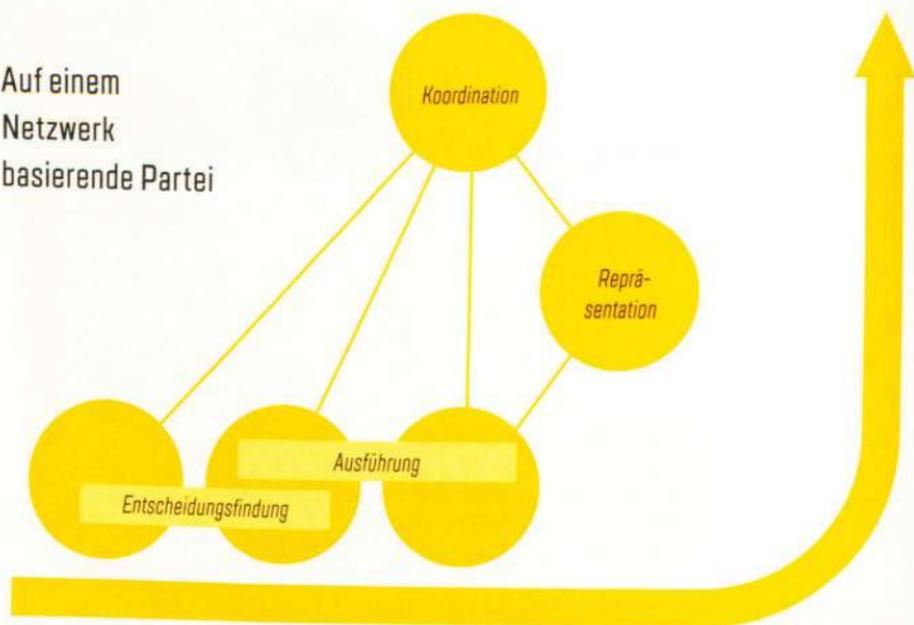


Die Antwort steht noch aus, aber die heutigen zentralisierten Mächte sind sich ihrer eigenen Unverwundbarkeit keinesfalls mehr sicher. Bereits im Jahre 2001 hat die RAND Corporation argumentiert³⁶, dass dezentrale Netzwerke und nicht zentralisierte Hierarchien die mächtigen Akteure des 21. Jahrhunderts sein werden. Die Initiativen, die in den letzten zwei Jahrzehnten Raum für neue (sowohl demokratische als auch anarchistische) Experimente eröffnet haben – von der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung über Occupy bis hin zum kurdischen Experiment mit der Autonomie in Rojava –, waren dezentral, während stärker zentralisierte Versuche wie Syriza beinahe sofort vereinnahmt wurden. Gelehrte aus vielen verschiedenen Forschungsfeldern erarbeiten nun in Theorien die besonderen Merkmale und Vorteile von netzwerkbasierter Organisation.

Zuletzt bleibt noch die Frage, ob eine Gesellschaft einen zentralisierten politischen Apparat benötigt, um in der Lage zu sein, Unterdrückung und

36 In *Networks and Networks, The Future of Terror, Crime and Militancy*, Hrsg.: John Arquilla und David Ronfeldt.

Auf einem
Netzwerk
basierende Partei



Ungerechtigkeit zu verhindern. Abraham Lincolns erste Antrittsrede, die er 1861 im Angesicht des bevorstehenden Bürgerkrieges hielt, ist eine der stärksten Äußerungen zu dieser Debatte. Es lohnt sich, sie ausführlich zu zitieren:

»Die Grundidee der Sezession ist schlicht der Kern der Anarchie. Eine Mehrheit, die von verfassungsstaatlichen Kontrollen und Einschränkungen gezügelt wird und sich immerzu problemlos verändert mit bewussten Veränderungen der allgemeinen Meinungen und Empfindungen, ist die einzig wahre Herrscherin eines freien Volkes. Wer immer dies zurückweist, landet notwendigerweise in der Anarchie oder einer Diktatur. Einstimmigkeit ist unmöglich. Die Herrschaft einer Minderheit als dauerhafte Vereinbarung ist vollkommen unzulässig; sodass, in Ablehnung des Mehrheitsprinzips, Anarchie oder eine Form der Diktatur das einzige ist, das übrig bleibt...

Physikalisch betrachtet können wir uns nicht voneinander trennen. Wir können weder unsere jeweiligen Gebiete voneinander entfernen, noch eine unüberwindbare Mauer zwischen ihnen errichten. Ein Ehemann und eine Ehefrau mögen sich scheiden lassen, auseinandergehen und sich außerhalb der Reichweite des anderen bewegen, aber die verschiedenen Teile unseres Landes können das nicht tun. Sie können nicht anders, als weiterhin miteinander zu verkehren, sei es freundschaftlich oder feindselig. Ist es dann möglich, diesen Verkehr nach der Abspaltung vorteilhafter oder befriedigender als davor zu gestalten? Können Fremde leichter Verträge abschließen als Freunde Gesetze machen? Können Abkommen ehrlicher zwischen Fremden durchgesetzt werden als Gesetze zwischen Freunden? Angenommen, wir ziehen in den Krieg: Wir können nicht immer kämpfen und wenn wir aufhören – nach vielen Verlusten und keinerlei Ertrag auf beiden Seiten –, kommen wieder die gleichen alten Fragen nach den Bedingungen der gegenseitigen Beziehungen auf. Wann immer sie der existierenden Regierung überdrüssig werden sollten, können sie ihr verfassungsmäßiges Recht in Anspruch nehmen, sie abzuändern oder ihr revolutionäres Recht, sie zu zerlegen oder zu stürzen.«

Folge dieser Logik weit genug in die heutige globalisierte Welt und du gelangst zu der Idee einer Weltregierung: Mehrheitsentscheidungen im Maßstab des ganzen Planeten. Lincoln hat, *im Gegensatz* zu den Befürworter_innen des Konsens, Recht, dass einstimmige Entscheidungen unmöglich sind und dass jene, die nicht von einer Mehrheit regiert werden wollen, zwischen Diktatur und Anarchie wählen müssen. Sein Argument, dass Fremde Abkommen nicht einfacher schließen können als Freund_innen Gesetze, klingt auf den ersten Blick überzeugend. Aber *Freund_innen* zwingen sich nicht gegenseitig Gesetze auf – Gesetze sind dazu gemacht, um sie Schwächeren aufzuzwingen, während Abkommen zwischen Gleichen geschlossen werden. *Regierung* ist nicht etwas, das zwischen Freund_innen stattfindet, genauso wenig wie *freie Menschen* eine_n *Herrscher_in* brauchen. Wenn wir uns zwischen Diktatur, Mehrheitsregierung und Anarchie entscheiden müssen, ist Anarchie der Freiheit am nächsten – Lincoln nennt es unser »revolutionäres Recht«, Regierungen zu stürzen. Dennoch, indem er Anarchie mit der Abspaltung der Südstaaten in Verbindung

brachte, übte Lincoln eine Kritik an der Autonomie, die bis heute widerhallt. Wenn die Zentralregierung nicht gewesen wäre, so sein Argument, wäre weder die Sklaverei abgeschafft worden, noch hätte der Süden die ›Rassen-Trennung aufgehoben oder *People of Color* Grundrechte zugesprochen. Diese Maßnahmen gegen das Unrecht mussten mit vorgehaltener Waffe von den Armeen der Union und ein Jahrhundert später der Nationalgarde eingeführt werden. In diesem Zusammenhang scheint es so, als würde **Dezentralisierung zu befürworten, bedeuten, auch Sklaverei, ›Rassen-Trennung und den Ku Klux Klan zu akzeptieren.** Gäbe es keine legitime Zentralregierung – welche Strukturen könnten dann Menschen davon abhalten, unterdrückend zu handeln? Hier gibt es verschiedene Irrtümer. Der erste Fehler ist klar: Von Lincolns drei Optionen – Diktatur, Mehrheitsregierung und Anarchie – repräsentieren die Südstaaten die Diktatur, nicht die Anarchie. Ebenso ist es naiv zu glauben, dass der Apparat der Zentralregierung ausschließlich für die Seite der Freiheit eingesetzt werden wird. Dieselbe Nationalgarde, die die Eingliederung in den Südstaaten überwachte, hat im ganzen Land Aufstände von Schwarzen niedergeschossen; heute gibt es beinahe so viele schwarze Menschen in US-Gefängnissen, wie es einst Sklav_innen in den USA gab. Und schließlich ist es auch nicht notwendig, alle Legitimität einem einzelnen Regierungskörper zuzusprechen, um gegen Unterdrückung vorzugehen. Wir können auch so handeln – der einzige Unterschied ist, dass mensch es ohne den Vorwand, Gesetze anzuwenden, tut, und dadurch auch nicht an diese gebunden ist. Der Zentralisierung von Macht und Legitimität entgegenzutreten, heißt nicht, sich in Passivität zu flüchten. Manche Konflikte müssen stattfinden, sie können nicht vermieden werden. Sie sind die Folge wirklich unversöhnlicher Widersprüche und das Aufzwingen einer falschen Einigkeit zögert sie nur hinaus. In seiner Amtsantrittsrede fleht Lincoln im Namen des Staates darum, den Konflikt zwischen Gegner_innen und Befürworter_innen der Sklaverei auszusetzen – ein Konflikt, der unvermeidbar und notwendig war und durch jahrzehntelang währende unerträgliche Kompromisse aufgeschoben wurde. Währenddessen waren Sklavereigeegner_innen wie Nat Turner und John Brown in der Lage, entschlossen zu handeln, ohne eine zentrale politische Autorität zu benötigen – ja, sie waren dazu nur in der Lage, weil sie keine solche Autorität anerkannten. Hätte es keinen Druck durch autonome Aktionen wie die ihren gegeben, hätte die Regierung niemals im Süden interveniert. Hätten mehr Menschen auf die gleiche Weise die Initiative ergriffen, wäre die Sklaverei nicht möglich und der Bürgerkrieg nicht notwendig gewesen. In anderen Worten: das Problem war nicht zu viel Anarchie, sondern zu wenig. Es waren autonome Aktionen, die eine Entscheidung bezüglich der

Sklaverei erzwangen, nicht demokratische Bedächtigkeit. Überdies wäre es südstaatlichen Weißen nicht möglich gewesen, politische Vorherrschaft nach dem Wiederaufbau zu erlangen, wenn es mehr Anhänger_innen der Anarchie als Befürworter_innen der Herrschaft der Mehrheit gegeben hätte. Eine weitere Anekdote ist erwähnenswert. Ein Jahr nach seiner Antrittsrede spricht Lincoln zu einem Ausschuss von Männern *of Color* und argumentiert, dass sie emigrieren sollen, um eine weitere Kolonie wie Liberia zu gründen, in der Hoffnung, dass der Rest des schwarzen Amerika³⁷ folgen würde. Bezüglich der Beziehungen zwischen befreiten schwarzen Menschen und weißen amerikanischen Bürgern behauptete er:

»Es ist besser für uns beide, wenn wir uns trennen... Es gibt einen Widerwillen auf der Seite unserer Leute, so brutal es auch klingen mag, dass ihr freien farbigen Menschen bei uns bleibt.«

In Lincolns politischem Kosmos kann sich also die *polis* der weißen Bürger_innen nicht spalten, aber sobald die schwarzen Sklav_innen des *oikos* nicht mehr ihre ökonomische Rolle einnehmen, ist es besser, dass sie weggehen. Das dramatisiert die Dinge deutlich: Die Nation ist unteilbar, aber die Ausgeschlossenen sind ersetzbar. Wären die nach dem Bürgerkrieg befreiten Sklav_innen nach Afrika emigriert, wären sie genau zur rechten Zeit angekommen, um den Horror der europäischen Kolonisation mitzuerleben, mit einer Totenzahl von zehn Millionen allein in Belgisch-Kongo.³⁸ Die richtige Lösung für solche Katastrophen ist nicht, die ganze Welt in einer einzigen, durch Mehrheitswahl regierten Republik zusammenzufassen, sondern alle Institutionen zu bekämpfen, die Menschen in Mehrheiten und Minderheiten, Regierende und Regierte teilen, wie demokratisch sie auch immer sein mögen.

37

Vergleiche »Address on Colonization to a Deputation of Negroes« in der fünften Auflage von Lincolns *Collected Works*

38

Ein Beispiel kann bei Adam Hochschild in *King Leopold's Ghost: A Story of Greed, Terror, and Heroism in Colonial Africa* nachgelesen werden.

Demokratische Hindernisse der Befreiung

»Demokratie ist eine großartige Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit der Regierung zu gewährleisten, auch wenn sie die Bedürfnisse der Bevölkerung nur schlecht erfüllt. In einer funktionierenden Demokratie stellen Massenproteste die Herrschenden infrage. Die grundlegende Beschaffenheit des politischen Systems des Staates stellen sie nicht infrage.«

Noah Feldman, *Tunisia's Protests Are Different This Time*

»Gelegentlich rebellierst du, aber nur um das Gleiche wieder von vorn zu beginnen.«

Albert Libertad, *Voters: You Are the Real Criminals*

Die Legitimität jeder organisierten Regierung wird, ausgenommen im Krieg oder durch ein Wunder, ständig schwächer, sie kann nur schwächer werden. Was immer der Staat verspricht, nichts kann uns für den Verlust der Kontrolle über unser eigenes Leben entschädigen. Die konkreten Missstände unterstreichen dieses systembedingte Problem, doch vor lauter Bäumen sehen wir selten den Wald.

An dieser Stelle kommt die Demokratie ins Spiel: Neue Wahlen, eine neue Regierung – ein neuer Kreislauf von Zuversicht und Enttäuschung.

Doch nicht immer wird die Bevölkerung dadurch befriedet. Im letzten Jahrzehnt gab es auf der ganzen Welt Bewegungen und Aufstände – von Oaxaca bis Tunis, Istanbul bis Rio de Janeiro, von Kiew bis Hong Kong –, in denen die Desillusionierten und Unzufriedenen **versuchten, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen**. Meistens waren die Forderungen nach mehr und besserer Demokratie im Mittelpunkt, wenn auch keinesfalls einhellig.

Wenn mensch bedenkt, wie viel Macht die Märkte und Regierungen über uns haben, ist die Vorstellung, dass wir das Blatt irgendwie wenden und sie regieren

könnten, doch verlockend. Sogar jene, die nicht glauben, dass es dem *„Volk“* möglich sei, die Regierung zu beherrschen, regieren letztlich doch; nämlich über die eine Sache, die ihnen bleibt: die Art und Weise, wie sie rebellieren.

Die Protestbewegungen verstehen sie als Experimente in direkter Demokratie, die die Strukturen einer demokratischeren Welt bilden könnten.

Doch was ist, wenn das Bilden der Demokratie Teil des Problems ist? Das würde erklären, warum es so wenigen dieser Bewegungen gelang, eine wirkliche Opposition zu den Strukturen zu bilden, zu deren Bekämpfung sie entstanden. Mit den umstrittenen Ausnahmen der Zapatistas in Chiapas und der autonomen Region von Rojava wurden sie alle besiegt (Occupy), wieder in die Abläufe der bestehenden Regierung eingegliedert (Syriza, Podemos), oder, schlimmer noch, haben die Regierung gestürzt und ersetzt, ohne einen wirklichen Wandel in der Gesellschaft zu erreichen (Tunesien, Ägypten, Libyen, Ukraine).

Wenn eine Bewegung versucht, sich aufgrund der gleichen Prinzipien zu legitimieren wie die staatliche Demokratie, versucht sie am Ende nur, den Staat in seinem eigenen Spiel zu schlagen. Selbst wenn sie es schafft: Die Belohnung für den Sieg ist, benutzt und institutionalisiert zu werden – ob innerhalb der bestehenden Regierungsstrukturen oder indem diese neu erfunden werden. Somit enden Bewegungen, die als Rebellion gegen den Staat beginnen, damit, ihn neu zu erschaffen.

Das kann auf vielen verschiedenen Wegen geschehen. Da gibt es Bewegungen, die sich selbst im Wege stehen, weil sie ausschließlich beanspruchen, demokratischer, transparenter und repräsentativer zu sein als die bisherigen Autoritäten. Bewegungen, die durch Wahlen an die Macht kommen, nur um ihre ursprünglichen Ziele zu verraten. Es gibt Bewegungen, die sich für direktdemokratische Maßnahmen einsetzen, welche sich als ebenso nützlich für diejenigen herausstellen, die an staatlicher Macht interessiert sind, und Bewegungen, die Regierungen stürzen, nur um sie zu ersetzen. Lasst sie uns eine nach der anderen betrachten.

Wenn wir unsere Bewegungen auf das beschränken, worauf sich die Mehrheit der Beteiligten im Vorfeld einigen kann, können wir sie vielleicht nicht einmal in Gang bringen. Wenn ein Großteil der Bevölkerung die Legitimität der Regierung und ihrer Gesetze akzeptiert hat, fühlen sich die meisten Menschen nicht berechtigt, etwas zu unternehmen, was bestehende Herrschaftsstrukturen herausfordern könnte, egal wie sehr sie darunter leiden. Folglich hat eine Bewegung, die ihre Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluss oder Konsens trifft, möglicherweise Schwierigkeiten, sich auf mehr als den Einsatz rein symbolischer Taktiken zu einigen – was wiederum dazu führt, dass wenige daran



Hitler selbst kam durch eine demokratische Wahl an die Macht.

interessiert sind, sich zu beteiligen, da die Bewegung keinen Druck ausüben kann, um ihre Ziele zu erreichen.

Wenn wir den Aufstand in Ferguson, Missouri, im August 2014 betrachten, mit dem Menschen auf den Mord an Michael Brown reagierten, erscheint die Vorstellung absurd, die Einwohner_innen von Ferguson würden erst eine Konsensitzung abhalten, in der sie entscheiden, den Quick Trip Laden niederzubrennen und die Polizei abzuwehren.

Und doch waren es eben diese Handlungen, die das ausgelöst haben, was wir heute als »Black Lives Matter«-Bewegung kennen. Normalerweise müssen Menschen etwas Neues erst erleben, um offen dafür zu sein. Es wäre falsch, eine ganze Bewegung nur auf das zu beschränken, womit die Mehrheit der Beteiligten vertraut ist.

Wenn wir darauf bestehen, dass unsere Bewegungen vollkommen transparent sind, führt das genau wegen dieser Transparenz dazu, dass die Herrschenden bestimmen können, welche Strategien wir einsetzen können. Besonders in Zeiten der allgegenwärtigen Unterwanderung und Überwachung vereinfacht es die Repression gegen alle, die als Bedrohung für die öffentliche Ordnung gelten, wenn alle Prozesse der Entscheidungsfindung öffentlich und ohne die Möglichkeit der anonymen Teilhabe stattfinden. Je öffentlicher und transparenter ein Beschlussorgan ist, desto konservativer werden vermutlich seine Handlungen sein, auch wenn das seiner ausdrücklichen Daseinsberechtigung widerspricht. Denkt nur an all die Umweltschutzorganisationen, die nie einen einzigen Schritt

unternommen haben, um die Ursachen des Klimawandels zu stoppen. Innerhalb der demokratischen Logik ergibt es Sinn, von der Regierung Transparenz zu verlangen, da sie das ›Volk‹ vertreten und sich vor ihm verantworten soll. Doch außerhalb dieser Logik sollten wir versuchen, die Handlungsautonomie der Beteiligten in sozialen Bewegungen zu vergrößern, anstatt zu verlangen, dass sie sich vor einander verantworten und einander vertreten.

Wenn wir für unsere Bewegungen Legitimität auf der Grundlage dessen beanspruchen, dass wir die Öffentlichkeit repräsentieren, bieten wir den Herrschenden eine einfache Möglichkeit, uns auszuamöbrieren, und erleichtern es gleichzeitig anderen Gruppen, sich unsere Bemühungen zunutze zu machen. Vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts war es möglich, dass eine Bewegung dauerhaft den Willen der Bevölkerung vertrat. Heutzutage jedoch können Wahlen mehr Menschen an die Urnen bringen, als selbst die gewaltigste Bewegung auf die Straße mobilisieren kann. Die Wahlsieger_innen werden immer behaupten können, mehr Menschen zu repräsentieren, als sich an Bewegungen beteiligen können.³⁹

Ebenso können Bewegungen, die vorgeben, die am meisten unterdrückten Gesellschaftsschichten zu vertreten, ausgebremst werden, indem einzelne Vertreter_innen dieser Schichten in die Regierung aufgenommen werden. Und solange wir die Idee der Vertretung oder Repräsentation in ihrer Gültigkeit bestätigen, können sich neue Politiker_innen oder eine neue Partei unsere Rhetorik zunutze machen, um ins Amt zu gelangen. Wir sollten nicht behaupten, dass wir die Bevölkerung vertreten – wir sollten erklären, dass kein Mensch das Recht hat, uns zu vertreten.

Was passiert, wenn eine Bewegung durch Wahlen an die Macht kommt? Der Sieg von Lula und seiner Arbeiter_innenpartei in Brasilien schien den Idealfall einer Partei darzustellen, die auf radikaler Basis-Organisation fußt und schließlich die Staatsführung übernimmt. Zu jener Zeit beherbergte Brasilien einige der mächtigsten sozialen Bewegungen der Welt, unter anderem die 1,5-Milliarden starke Bodenreformkampagne MST (Bewegung der Landarbeiter_innen ohne Boden), von denen viele mit der Arbeiter_innenpartei in Verbindung standen. Nach Lulas Amtsantritt 2002 begann jedoch für die sozialen Bewegungen ein steiler Niedergang, der bis 2013 andauerte. Mitglieder der Arbeiter_innenpartei verließen die Organisationen vor Ort um Regierungsämter aufzunehmen,

39 Ende Mai 1968 brach beispielsweise die Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen die Welle wilder Streiks und Besetzungen, die über Frankreich hinweggeschwappt war. Dass die Mehrheit der französischen Bürger_innen für die Partei von Präsident de Gaulle stimmte, vernichtete jede Hoffnung auf eine Revolution. Hier wird deutlich, dass Wahlen als Blendwerk wirken, durch welches die Bürger_innen einander als willige Akteur_innen der herrschenden Ordnung repräsentieren.

während die Zwänge der Realpolitik Lula davon abhielten, den vormals von ihm unterstützten Bewegungen Zugeständnisse zu machen. Die MST hatte die konservative Regierung, die Lula vorangegangen war, dazu gebracht, viele Landbesetzungen zu legalisieren, aber sie machte unter Lula keinerlei Fortschritte.

Dieses Muster trat wiederholt in ganz Lateinamerika auf: Vermeintlich radikale Politiker_innen verrieten die sozialen Bewegungen, die sie ins Amt gebracht hatten. Seit 2016 waren die rechtsorientierten Proteste, die die Arbeiter_innenpartei mit einem Putsch stürzten, die mächtigsten sozialen Bewegungen. Graswurzelbewegungen mussten sich entscheiden, ob sie die Hände in den Schoß legen oder sich hinter die todgeweihte Partei stellen wollten, die sie verraten hatte. Wahlen sind niemals Abkürzungen zur Freiheit.

Was, wenn wir uns darauf konzentrieren, direktdemokratische Modelle wie Nachbarschaftsversammlungen zu fördern, anstatt nach staatlicher Gewalt zu streben? Unglücklicherweise können solche Praktiken in den Dienst einer breiten Palette politischer Agenden gestellt werden. 2009 organisierten Mitglieder der griechischen faschistischen Partei Goldene Morgenröte zusammen mit Einwohner_innen der Nachbarschaft Agios Panteleimonas in Athen eine Versammlung, die Angriffe auf Migrant_innen und Anarchist_innen koordinierte. Nach der slowenischen Revolte von 2012 begann, während sich in Ljubljana weiterhin selbstorganisierte Nachbarschaftsversammlungen trafen, eine von den städtischen Behörden finanzierte Nichtregierungsorganisation, Versammlungen in einer »vernachlässigten« Gegend zu veranstalten; ein Pilotprojekt zur »Wiederbelebung« der Nachbarschaft, mit der ausdrücklichen Intention, unzufriedene Bürger_innen wieder mit der Regierung in einen Dialog zu bringen. Während der ukrainischen Revolution von 2014 setzten sich die faschistischen Parteien Svoboda und Rechter Sektor bei demokratischen Protesten nach dem Vorbild des Occupy-Modells durch.

Wenn wir Inklusion und Selbstbestimmung fördern wollen, reicht es nicht, die Phrasen und Vorgehensweisen der partizipativen Demokratie zu propagieren.⁴⁰ Wir müssen ein Rahmenkonzept verbreiten, das den Staat und andere Formen hierarchischer Macht an und für sich ablehnt.

40 Angesichts wirtschaftlicher Krisen und weitverbreiteter Ernüchterung über die repräsentative Politik bieten Regierungen mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten an ihrer Entscheidungsfindung an, um die Öffentlichkeit zu beschwichtigen. Wie die Diktaturen in Griechenland, Spanien und Chile, die gezwungen waren, sich in Demokratien zu verwandeln, um Protestbewegungen kaltzustellen, schafft der Staat neue Positionen für diejenigen, die sonst vielleicht den Widerstand gegen ihn anführen würden. Wenn wir unmittelbar dafür verantwortlich sind, dass das politische System funktioniert, werden wir im Falle seines Scheiterns uns selbst die Schuld geben – nicht dem Format an sich. So sind die neuen Experimente wie »Bürgerhaushalte« zu erklären, die Kommunalverwaltungen von Porto Alegre bis Poznań einführen. In der Praxis haben die Mitwirkenden selten irgendeinen Einfluss auf die städtischen Behörden. Bestenfalls können sie als Berater_innen auftreten oder über mickrige 0,1% der städtischen Geldmittel abstimmen. Der wahre Zweck von Bürgerhaushalten und ähnlichen Programmen ist es, die öffentliche Aufmerksamkeit von den Verfehlungen der Regierung weg und hin zu einem Projekt zu lenken, das zu ihrer Demokratisierung beiträgt.

Sogar ausdrücklich revolutionäre Strategien können im Namen der Demokratie zum Vorteil von Weltmächten eingesetzt werden. Seit 2014 ist in Venezuela, Mazedonien, Brasilien und anderswo zu beobachten, wie staatliche Akteure und Interessengruppen echte Unzufriedenheit in der Bevölkerung durch fingierte soziale Bewegungen kanalisieren, um den Wahlzyklus zu verkürzen. Für gewöhnlich ist das Ziel, die machthabende Partei zum Rücktritt zu zwingen, um sie durch eine ‚demokratischere‘ Regierung zu ersetzen – sprich, eine Regierung, die empfänglicher für die Ziele der Vereinigten Staaten oder der EU ist. Für gewöhnlich haben sich diese Bewegungen auf ‚Korruption‘ konzentriert, womit angedeutet wird, dass das System problemlos funktionieren würde, wären nur die richtigen Leute an der Macht. Wenn wir auf die Straße gehen, sollten wir nicht das Risiko eingehen, uns von irgendeinem neokonservativen Thinktank für dumm verkaufen zu lassen, indem wir nur gegen eine bestimmte Regierung protestieren. Stattdessen sollten wir gegen Regierungen an sich mobil machen.

Die ägyptische Revolution verdeutlicht auf dramatische Weise, wie die demokratische Revolution in einer Sackgasse endet. Nachdem Hunderte ihr Leben gegeben hatten, um Diktator Hosni Mubarak zu stürzen und die Demokratie einzuführen, brachten Wahlen einen weiteren Autokraten in Person von Mohamed Morsi an die Macht. Ein Jahr später, 2013, hatte sich nichts verbessert und die Leute, die die Revolution angestoßen hatten, gingen erneut auf die Straße, um die Ergebnisse der Demokratie zurückzuweisen, woraufhin das ägyptische Militär gezwungen war, Morsi abzusetzen. Heute hat das Militär noch immer faktisch die Macht über Ägypten inne und die Unterdrückung und Ungerechtigkeit, die zu zwei Revolutionen geführt hat, bestehen weiter fort. Die Wahlmöglichkeiten, für die das Militär, Morsi und die aufständischen Menschen stehen, sind dieselben, wie jene, die Lincoln in seiner Antrittsrede beschrieben hat: Tyrannei, Mehrheitsprinzip und Anarchie.

Hier, an der äußersten Front im Kampf gegen Armut und Unterdrückung, erkennen wir unseren Feind immer wieder im Staat selbst. Solange wir uns regieren lassen, wird der Staat je nach Bedarf zwischen Mehrheitsprinzip und Tyrannei hin und her wechseln – zwei Ausdrucksformen des gleichen Grundsatzes. Der Staat kann viele Formen annehmen. Wie eine Pflanze kann er absterben und dann aus den Wurzeln wieder nachwachsen. Er kann die Form einer Monarchie oder einer parlamentarischen Demokratie annehmen, einer revolutionären Diktatur oder eines vorläufigen Rats. Selbst wenn die Beamten geflohen sind und das Militär gemeutert hat, kann der Staat weiterleben wie ein Keim, dessen Wirte die Fürsprecher_innen von Ordnung und Protokoll in einer scheinbar horizontalen Generalversammlung sind. All diese Formen, wie demokratisch auch immer, können sich zu Regimes entwickeln, die dazu fähig sind, Freiheit und Selbstbestimmung zu vernichten.

Die einzig sichere Methode, um Übernahme, Manipulation und Opportunismus erfolgreich zu vermeiden, ist, jeder Form von Herrschaft die Legitimierung zu verweigern. Wenn Menschen durch flexible, horizontale, dezentralisierte Strukturen ihre Probleme lösen und ihre Bedürfnisse direkt erfüllen, dann gibt es keine Anführer_innen zu korrumpieren, keine formalen Strukturen, die verknöchern könnten, und kein einziges Verfahren, das missbraucht werden kann. Ohne Machtkonzentrationen können diejenigen, die an die Macht wollen, keinen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben. Eine unbeherrschbare Bevölkerung wird sich wohl gegen Mächtigerntyrann_innen verteidigen müssen, aber es wird seine eigene Stärke nie hinter die Herrschaftsbestrebungen irgendeines Despoten stellen.



Sollte ich nominiert werden, so trete ich nicht zur Wahl an.
Sollte ich gewählt werden, so werde ich nicht dienen.
Das gilt auch, wenn jemand anders gewählt wird.

Ausgangspunkte in Richtung Freiheit

»Anarchismus stellt nicht die radikalste Form von Demokratie dar, sondern ein komplett anderes Beispiel für gemeinschaftliches Vorgehen.«

Uri Gordon, *Hier und jetzt: Anarchistische Theorie und Praxis*

Die klassische Verteidigung der Demokratie ist, dass sie die schlechteste aller Regierungsformen sei – abgesehen von allen anderen Formen.⁴¹ Doch wenn die Regierung selbst das Problem ist, müssen wir nochmal von vorn anfangen.

Es ist ein ehrgeiziges Projekt, die Menschheit ohne Regierung neu zu denken. Die meisten Modelle staatenloser Zusammenhänge, die uns in unseren ersten zweihunderttausend Jahren getragen haben, sind längst ausradiert und zwei Jahrhunderte anarchistischer Theorie kratzen nur an der Oberfläche. Erstmal werden wir Euch ein paar Grundwerte ans Herz legen, die uns über die Demokratie hinausführen könnten, und ein paar allgemeine Vorschläge, die dabei helfen sollen, zu verstehen, was wir anstelle des Regierens tun könnten. Die meiste Arbeit ist jedoch noch zu tun.

Horizontalität, Dezentralisierung,

Autonomie, Anarchie

Bei genauer Betrachtung entspricht die Demokratie nicht den Werten, wegen derer wir uns ihr ursprünglich zugewandt haben: *Gleichheit, Inklusion, Selbstbestimmung*. Um diese Werte zu erhalten, müssen wir ihre unverzichtbaren Gegenstücke *Horizontalität, Dezentralisierung* und *Autonomie* hinzufügen.

Als politisches Ziel hat Horizontalität seit dem späten 20. Jahrhundert stark an Bedeutung gewonnen. Beginnend mit dem Zapatista-Aufstand in Chiapas 1994 gewann sie an Schwung durch die weltweite Antiglobalisierungsbewegung, einer Reihe von scheinbar horizontalen Graswurzelbewegungen, die für hierarchiefreie Organisation eintraten. Der Slogan *Que se vayan todos* (»Sie alle müssen gehen!«), bekannt geworden während der Rebellion von 2001 in Argentinien, bringt die weit verbreitete Desillusionierung über Politiker_innen,

41 Winston Churchill in seiner Ansprache vor dem Unterhaus am 11. November 1947.

Parteien und Anführer_innen jeder Couleur hinlänglich zum Ausdruck. Heute ist die Idee führungsloser Strukturen sogar in der Geschäftswelt⁴² bekannt.

Dezentralisierung ist jedoch genauso wichtig wie Horizontalität, wenn wir nicht in einer Diktatur der Gleichberechtigung enden wollen, in der jede_r mit einer Sache einverstanden sein muss, damit irgendjemand sie tun kann. Dezentralisierung bedeutet, dass es anstelle eines einzelnen Verfahrens, das jedes Vorhaben durchlaufen muss, mehrere Orte der Entscheidungsfindung und mehrere Arten von Legitimierung gibt. Auf diese Weise kann eine ungleichmäßige Machtverteilung in einem bestimmten Zusammenhang an anderer Stelle ausgeglichen werden. Dezentralisierung bedeutet, die Unterschiede zu bewahren: Strategische und ideologische Vielfalt ist eine Kraftquelle für Bewegungen und Gemeinschaften, so wie Artenvielfalt es für die Natur ist. Weder sollten wir unseren politischen Einsatz auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken, noch sollten wir uns selbst nur aufgrund unserer Vorlieben und Neigungen in homogene Gruppen aufspalten.

Dezentralisierung setzt Autonomie voraus – die Fähigkeit, frei zu handeln, aus eigenem Antrieb. Autonomie kann auf jeder Ebene angewandt werden – auf eine Einzelperson, eine Nachbarschaft, eine Bewegung, eine ganze Region. Um frei zu sein, brauchst du Kontrolle über deine unmittelbare Umgebung und die Einzelheiten deines Alltags. Je selbstständiger du bist, desto gesicherter ist deine Autonomie. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, all deine Bedürfnisse unabhängig zu erfüllen. Denkbar wäre etwa auch die Art von wechselseitiger Abhängigkeit, in der du auf die Menschen, auf die du angewiesen bist, auch selbst Einfluss hast. Keine einzelne Institution sollte in der Lage sein, den Zugang zu Ressourcen oder soziale Bindungen an sich zu reißen. Eine Gesellschaft, die Autonomie anstrebt, braucht das, was ein Ingenieur als Redundanz bezeichnen würde: eine breite Palette von Optionen und Möglichkeiten in allen Lebensbereichen.

Wenn Freiheit unser Ziel ist, reicht es nicht, uns zur Autonomie zu bekennen.⁴³ Ein Nationalstaat oder eine politische Partei kann Autonomie

42 Siehe www.holacracy.org

43 »Autonomie leitet sich von der altgriechischen Vorsilbe *auto-* (Selbst) und von *nomos* (Gesetz) ab – und bedeutet folglich, sich selbst ein eigenes Gesetz geben. In dem Verständnis von persönlicher Freiheit, das sich hieraus ableiten lässt, kontrolliert ein Aspekt des Selbst – sagen wir, das Über-Ich – ständig die anderen Teile und bestimmt das gesamte Verhalten. Kant definiert Autonomie als Selbstgesetzgebung, in der sich das Individuum zwingt, sich den allgemeinen Gesetzen der objektiven Moral zu fügen, anstatt sich gemäß seinen Wünschen zu verhalten. Eine Anarchistin dagegen könnte argumentieren, dass wir unsere Freiheit dem spontanen Zusammenspiel unzähliger Kräfte in und zwischen uns verdanken, nicht der Fähigkeit, sich selbst einer einzigen Ordnung zu verpflichten. Von welcher dieser Auffassungen von Freiheit wir ausgehen, wird sich auf alles auswirken, von unserer Vorstellung von Freiheit auf globaler Ebene bis zu unserem Verständnis von den Bewegungen der subatomaren Partikel. Siehe dazu auch David Graebers hervorragendes Essay »What's the Point if We Can't Have Fun?«

beanspruchen, Nationalist_innen und Rassist_innen ebenso. Die Tatsache, dass eine Person oder Gruppe autonom ist, sagt wenig darüber aus, ob die Beziehungen, die sie mit anderen pflegt, egalitär oder hierarchisch sind, inklusiv oder exklusiv. Wenn wir, statt nur für uns selbst danach zu streben, die Autonomie aller vergrößern wollen, müssen wir die sozialen Rahmenbedingungen schaffen, die es für jede_n unmöglich machen, institutionelle Macht über irgendjemand anders anzuhäufen.

Wir müssen *Anarchie* erschaffen.

Institutionen entzaubern

Um es noch einmal zu sagen: Institutionen bestehen, um uns zu dienen, nicht umgekehrt. Sie haben keinen eigenen Anspruch auf unseren Gehorsam. Nie sollten wir ihnen mehr Legitimität zusprechen als unseren eigenen Bedürfnissen und Wünschen. Wenn unsere Wünsche mit den Wünschen anderer in Konflikt stehen, können wir sehen, ob ein institutionelles Verfahren zu einer Lösung führt, die alle zufrieden stellt. Sobald wir aber einer Institution das Recht verleihen, über unsere Konflikte zu entscheiden oder unsere Entscheidungen zu bestimmen, haben wir unsere Freiheit aufgegeben.

Das ist keine Kritik an einem bestimmten Organisationsmodell oder ein Argument für den Vorzug von ›informellen‹ gegenüber ›formellen‹ Strukturen. Stattdessen fordert diese Erkenntnis von uns, alle Modelle als vorläufig zu betrachten – sodass wir sie unaufhörlich neu bewerten und neu erfinden. Wo Thomas Paine das Gesetz als König einsetzen wollte, wo Rousseau den Gesellschaftsvertrag theoretisierte und jüngere, begeisterte Verehrer_innen des Kapitalismus von einer Gesellschaft träumen, die nur auf Verträgen beruht, da entgegenen wir: Wenn Verbindungen wirklich im besten Interesse aller Beteiligten sind, dann brauchen sie keine Gesetze oder Verträge.

Ebenso wenig ist das ein Argument für bloßen Individualismus oder dafür, Beziehungen als entbehrlich zu betrachten, und auch nicht dafür, uns nur mit denen zu verbinden und zu organisieren, die unsere Vorlieben teilen. In einer stark bevölkerten Welt, in der wir voneinander abhängig sind, können wir es uns nicht leisten, uns der Koexistenz oder Organisation mit anderen zu verweigern. Der springende Punkt ist, dass wir nicht versuchen dürfen, Beziehungen durch Gesetze zu regeln.

Anstatt uns einer Blaupause oder einem Protokoll zu unterwerfen, können wir Institutionen laufend beurteilen: Belohnen sie Mitarbeit – oder Auseinandersetzung? Verleihen sie Handlungsmacht – oder schaffen sie

Machtkonzentrationen? Bieten sie jeder Teilnehmerin die Möglichkeit, ihr Potenzial zu ihren eigenen Bedingungen auszuschöpfen – oder setzen sie äußere Zwänge durch? Ermöglichen sie die beiderseitig annehmbare Lösung eines Konflikts – oder bestrafen sie alle, die mit einem festgeschriebenen Rechtssystem in Konflikt geraten?

»Er äußerte uns gegenüber, dass wir uns niemals gestatten sollten, unter jeglichen Umständen in Versuchung zu geraten, die Existenz von Gesetzen und Institutionen als rechtsgültig anzuerkennen, wenn unser Gewissen und unsere Vernunft sie verachteten. Er hielt uns dazu an, uns nicht darum zu kümmern, ob eine Mehrheit, egal wie groß, unsere Grundsätze und Meinungen ablehnt. Die größten Mehrheiten waren manchmal nur organisierte Verbrecherbanden.«

August Bondi, über John Brown

Orte der Begegnung schaffen

Anstelle formeller Orte der zentralisierten Entscheidungsfindung schlagen wir vor, eine Vielzahl von *Orten der Begegnung* zu schaffen, wo Leute sich selbst für den Einfluss der anderen öffnen und Menschen finden können, die die gleichen Ziele haben. Begegnung bedeutet gegenseitige Verwandlung: gemeinsame Bezugspunkte setzen, gemeinsame Anliegen. Der Ort der Begegnung ist kein Vertretungsorgan, ausgestattet mit der Macht, Entscheidungen für andere zu treffen, und auch kein leitendes Organ, das Gebrauch von Mehrheitsprinzip oder Konsens macht. Er bietet den Menschen eine Gelegenheit für Experimente mit Handlungen und Wirkungen in unterschiedlichen Konstellationen auf freiwilliger Basis.

Der Sprecher_innenrat, der den Demonstrationen gegen den Gipfel der Amerikanischen Freihandelszone in Québec City 2001 unmittelbar vorausging, war ein klassischer Ort der Begegnung. Diese Versammlung brachte eine ganze Reihe von unterschiedlichen autonomen Gruppen zusammen, die aus der ganzen Welt herbeigekommen waren, um gegen die Freihandelszone zu

protestieren. Sie versuchten nicht, als Gremium verbindliche Entscheidungen zu treffen, sondern stellten die Initiativen vor, die ihre Gruppen vorbereitet hatten, und bemühten sich, die Maßnahmen wo möglich zum gegenseitigen Vorteil zu koordinieren. Ein Großteil der Entscheidungsfindung fand hinterher in informellen Diskussionen zwischen den Gruppen statt. So konnten Tausende Menschen ihre Handlungen aufeinander abstimmen, ohne auf zentrale Führung zu vertrauen oder der Polizei zu tiefe Einsichten in das breite Spektrum an Plänen zu bieten, das sich entfalten sollte. Hätte der Sprecher_innenrat ein Organisationsmodell angewandt, das auf Einheit und Zentralisierung abzielte, dann hätten die Beteiligten die ganze Nacht fruchtlos darüber debattieren können, welche Ziele angenommen, welche Strategie angewendet und welche Taktiken erlaubt werden sollten.

Die meisten sozialen Bewegungen der letzten zwanzig Jahre waren Mischformen, die Orte der Begegnung mit irgendeiner Art von Demokratie kombinierten. Bei Occupy dienten beispielsweise die Camps als offene Orte der Begegnung, während die Generalversammlungen formal dazu gedacht waren, als direktdemokratische Organe der Entscheidungsfindung zu fungieren. Die größte Wirkung erzielten die meisten dieser Bewegungen dadurch, dass die Begegnungen, die sie ermöglichten, Gelegenheiten für autonome Aktion schufen – und nicht durch die Zentralisierung der Gruppentätigkeiten durch direkte Demokratie.⁴⁴ Wenn wir die *Begegnung* als treibende Kraft dieser Bewegungen betrachten statt als Rohmaterial, das durch demokratische Prozesse geformt werden muss, hilft uns das vielleicht, das, was wir am besten können, in den Vordergrund zu rücken.

Manchmal zogen sich von den Widersprüchen des demokratischen Diskurses frustrierte Anarchist_innen zurück, um sich in der Folge nur noch mit Gleichgesinnten aufgrund bestehender Gemeinsamkeiten zu organisieren. Abgrenzung führt jedoch zu Stillstand und Verdrießlichkeit. Es ist besser, sich auf der Grundlage unserer Bedingungen und Bedürfnisse zu organisieren, denn so kommen

44 Auch waren viele der Entscheidungen, die Occupy Oakland größeren Einfluss verliehen als anderen Occupy-Camps, wie die Weigerung, mit der Stadtverwaltung zu verhandeln, und die militante Reaktion auf die erste Zwangsräumung, das Ergebnis autonomer Initiativen, nicht eines konsensualen Prozesses. Einige Besetzer_innen verstanden den konsensualen Prozess hingegen als eine Art dezentralisiertes Rechtssystem, in dem jede Handlung, die von irgendeiner an der Besetzung beteiligten Person durchgeführt wird, das Einverständnis aller anderen Beteiligten erfordert. Ein_e Teilnehmer_in erinnert sich: »Bei einem der ersten Versuche der Polizei, ins Camp von Occupy Oakland einzudringen, wurden sie sofort von einer Gruppe von etwa zwanzig Leuten umringt und angeschrien. Einige andere fanden das nicht gut. Der lauteste dieser Pazifist_innen baute sich vor den Leuten auf, die sich der Polizei entgegenstellten, und kreuzte seine Unterarme vor der Brust zum X, das in der Zeichensprache des konsensualen Prozesses starke Ablehnung ausdrückt. Er sagte: »Das könnt ihr nicht tun! Ich blockiere Euch!« – Für ihn war Konsens ein Werkzeug der horizontalen Kontrolle und verlieh jeder Person das Recht, die Handlungen anderer, mit denen sie nicht einverstanden wäre, zu unterdrücken.«

wir mit allen anderen, die diese teilen, in Kontakt. Wir müssen uns als Knotenpunkte innerhalb eines dynamischen Ganzen verstehen, statt als voneinander abgetrennte Wesen, von statischen Interessen besessen. Nur dann können wir die rapiden Verwandlungen erklären, die die Menschen im Zuge von Erfahrungen wie etwa in der Occupy-Bewegung durchmachen – und die enorme Macht der Begegnung, die uns verändert, wenn wir uns dafür öffnen.

Gemeinschaft pflegen, Unterschiede bewahren

Wenn uns keine Institutionen, kein Vertrag oder Gesetz unsere Entscheidungen vorschreiben können – wie einigen wir uns dann darüber, welche Verantwortung wir für einander haben?

Ein Vorschlag ist, zwischen ›geschlossenen‹ Gruppen, in denen sich die Beteiligten bereit erklären, sich voreinander für ihre Handlungen zu verantworten, und ›offenen‹ Gruppen, die nicht zu einem Konsens gelangen müssen, zu unterscheiden.⁴⁵ Doch es stellt sich die Frage, wo wir die Grenze zwischen den beiden ziehen. Wenn wir unseren Gefährt_innen in einer geschlossenen Gruppe gegenüber rechenschaftspflichtig sind, bis wir uns entschließen, sie zu verlassen, was wir jederzeit tun können, dann unterscheidet sich das wenig von der Beteiligung an einer offenen Gruppe. Andererseits sind wir alle, wohl oder übel, eingebunden in eine geschlossene Gruppe, die sich einen einzigen Raum teilt, den keine_r einfach verlassen kann: die Erde. Die Frage ist also nicht, in welchen Räumen wir uns voreinander verantworten müssen und in welchen wir frei handeln können. Die Frage ist, wie wir auf jeder Ebene sowohl Verantwortung als auch Autonomie fördern können.

Mit diesem Ziel vor Augen können wir versuchen, auf jeder Ebene der Gesellschaft Gemeinschaften zu schaffen, die für alle Beteiligten erfüllend sind – Orte, wo sich die Menschen miteinander identifizieren und es einander recht machen wollen. Diese können viele verschiedene Formen annehmen: Von Haus- und Wohnprojekten über Nachbarschaftsversammlungen bis zu internationalen Netzwerken. Zugleich können wir erkennen, dass diese Gemeinschaften immer wieder neugestaltet werden müssen, je nachdem, wie viel Vertrautheit und gegenseitige Abhängigkeit sich als vorteilhaft für die Beteiligten erweisen. Wenn sich eine Konstellation ändern muss, ist das nicht zwangsläufig ein

45. Das ist eine Variante des alten Gegensatzes von formell und informell mit einer Andeutung von *polis* und *oikos*.

Zeichen für ihr Scheitern: Im Gegenteil, es zeigt, dass die Beteiligten nicht um die Vorherrschaft konkurrieren.

Anstatt den Gruppenprozess zur Entscheidungsfindung auf Einstimmigkeit auszurichten, können wir ihn als Ort betrachten, an dem Unterschiede auftreten, sich Konflikte abspielen und Verwandlungen vollzogen werden können, da sich die verschiedenen sozialen Gruppierungen annähern und wieder voneinander entfernen. Widersprüche und Trennungen können genauso wünschenswert sein wie Übereinstimmung, wenn sie aus den richtigen Gründen auftreten. Die Vorteile, die sich aus der Organisation in größeren Gruppen ergeben, sollten genügen, um die Leute davon abzuhalten, sich unnötigerweise abzuspalten. Sinnlos bittere Trennungen sollten wir vermeiden können, indem wir lernen, wie Menschen würdevoll auseinanderzugehen. Somit halten wir denen, die gehen, die Möglichkeit offen, später zurückzukommen. Unsere Strukturen sollten uns helfen, unsere Unterschiede zu erkennen und zu verstehen, nicht, sie zu unterdrücken oder zu ersticken.

Einige Augenzeug_innen, die aus den autonomen Regionen in Rojava zurückgekehrt sind, berichten, dass sich dort eine Versammlung, die keinen Konsens erreichen kann, in zwei Komitees aufspaltet und ihre Ressourcen zwischen beiden aufteilt. Wenn das wahr ist, bietet sich uns hier ein Modell des freiwilligen Zusammenschlusses, das die zwanghafte Einigkeit der Demokratie bei Weitem übertrifft.

Konflikte lösen

Sich in verschiedene Gruppen aufzuteilen, reicht manchmal nicht aus, um Konflikte beizulegen. Um die zentralisierte Nötigung hinter uns lassen zu können, müssen wir uns neue Möglichkeiten überlegen, um mit Auseinandersetzungen umzugehen. Konflikte unter denen, die sich dem Staat widersetzen, sind mit die wichtigsten Gründe für die anhaltende Überlegenheit des staatlichen Modells.⁴⁶ Wenn wir Freiräume schaffen wollen, dürfen wir nicht so zersplittert werden, dass wir diese Räume nicht mehr verteidigen können, und wir dürfen Konflikte nicht so lösen, dass sich daraus neue Machtgefälle ergeben.

Eine der grundlegenden Aufgaben der Demokratie ist es, eine Möglichkeit zur Beilegung von Konflikten anzubieten. Wahlen, Gerichte und Polizei dienen

46 Sehen wir uns etwa die mexikanischen *autodefensas* an, lokale Gruppen, die versuchen, sich gegen die Kartelle zur Wehr zu setzen, die in manchen Teilen Mexikos die Funktionen der Regierung übernommen haben. Zuerst waren sie in der Lage, unabhängige Zonen zu erschließen, die frei von der Gewalt waren. Doch dann zerstritten sie sich untereinander – und setzten denselben Bandenkrieg fort, der auch Kapitalismus und Staatspolitik kennzeichnet und der ursprünglich zur Gewaltherrschaft der Kartelle geführt hatte.

alle dazu, Konflikte zu *entscheiden* und sie nicht unbedingt zu *lösen*. Im Endeffekt gibt der Rechtsstaat ein Nullsummenmodell vor, um mit Differenzen umzugehen. Durch Machtkonzentration kann ein starker Staat Streitparteien zwingen, die Streitigkeiten sogar zu beiderseitig inakzeptablen Bedingungen beizulegen. Das ermöglicht es einer Regierung, solche Arten von Konflikten, die die staatliche Kontrolle beeinträchtigen, wie etwa Klassenkampf, zu unterdrücken und gleichzeitig andere Konfliktarten, die den horizontalen und autonomen Widerstand untergraben, zu fördern. Wir können die religiös und ethnisch motivierten Gewalttaten unserer Zeit nicht begreifen, ohne die Art und Weise zu berücksichtigen, wie staatliche Strukturen sie auslösen und verstärken.

Wenn wir den Institutionen eigene Rechtmäßigkeit verleihen, haben wir eine Entschuldigung dafür, Konflikte nicht direkt zu lösen und uns stattdessen auf die Vermittlung durch den Staat zu verlassen. So bietet sich uns eine Ausrede für die gewaltsame Beilegung von Streitigkeiten und für den Ausschluss derer, die strukturell benachteiligt sind. Statt die Initiative zu ergreifen und direkt miteinander ins Reine zu kommen, konkurrieren wir letztlich um die Macht.

Wenn wir die staatliche Obrigkeit nicht anerkennen, haben wir keine solchen Entschuldigungen: Wir müssen beiderseitig befriedigende Lösungen finden oder unter den Konsequenzen des andauernden Konflikts leiden. Das ist ein Anreiz dafür, die Bedürfnisse und Sichtweisen aller Parteien ernst zu nehmen und Fähigkeiten zu entwickeln, die uns helfen, Spannungen abzubauen und Rival_innen zu versöhnen. Es muss nicht jede_r einverstanden sein, aber wir müssen Wege finden, mit Meinungsverschiedenheiten umzugehen, die nicht zu Hierarchien, Unterdrückung oder sinnloser Feindschaft führen. Der erste Schritt in diese Richtung ist, die *Nichtlösung* von Konflikten durch den Staat weniger reizvoll zu machen.

Unglücklicherweise sind viele Konfliktlösungsmodelle, die menschlichen Gemeinschaften einst zur Verfügung standen, heute für uns verloren, da sie gewaltsam durch die Gerichtssysteme des antiken Roms und Athens ersetzt wurden. Wir können uns experimentelle Modelle der transformativen Gerechtigkeit ansehen, um einen Blick auf die Alternativen zu erhaschen, die wir entwickeln müssen.

Die Weigerung, sich regieren zu lassen

Stellen wir uns vor, wie eine horizontale und dezentralisierte Gesellschaft aussehen könnte: Vielleicht mit sich überschneidenden Netzwerken von Kollektiven und Versammlungen, in denen sich die Menschen organisieren, um ihre alltäglichen Bedürfnisse zu befriedigen – Nahrung, Obdach, medizinische Versorgung, Arbeit, Erholung, Diskussion, Gemeinschaft. Voneinander abhängig hätten sie allen Grund, Konflikte freundschaftlich beizulegen, doch kein Mensch könnte einen anderen zwingen, in einer Konstellation zu verweilen, die ungesund oder nicht erfüllend für ihn ist. Auf Bedrohungen würden sie mit einzelfallspezifischen Zusammenschlüssen in größeren Gruppen reagieren, indem sie auf ihre Verbindungen zu anderen Gemeinschaften in aller Welt zurückgreifen.

Tatsächlich sahen im Laufe der Menschheitsgeschichte sehr viele staatenlose Gesellschaften so oder ähnlich aus. Heute tauchen Modelle wie dieses immer wieder dort auf, wo sich indigene, feministische und anarchistische Traditionen⁴⁷ überschneiden.

Das bringt uns zu unserem Ausgangsort zurück – ins heutige Athen. In der Stadt, wo die Demokratie einst erwachsen wurde, organisieren sich nun Tausende Menschen unter anarchistischer Flagge in horizontalen, dezentralisierten Netzwerken. Anstelle der Exklusivität der Staatsbürgerschaft im alten Athen stehen ihre weitläufigen und offenen Strukturen, in denen sie auch Migrant_innen willkommen heißen, die vor dem Krieg in Syrien geflohen sind, denn sie wissen, dass ihr Experiment mit der Freiheit entweder wachsen muss oder untergehen wird. Anstelle der Zwangsmaßnahmen des Regierungsapparats wollen sie eine dezentralisierte Machtverteilung erhalten, bestärkt durch die gemeinsame Hingabe zur Solidarität. Statt sich für die Durchsetzung der Mehrheitsherrschaft zusammenzuschließen, kooperieren sie, um Herrschaft an sich unmöglich zu machen.

Das ist keine veraltete Lebensweise, sondern das Ende eines langen Irrtums.

47. Vgl. Jacqueline Lasky, »Indigenism, Anarchism, Feminism: An Emerging Framework for Exploring Post-Imperial Futures« in *Affinities: A Journal of Radical Theory, Culture, and Action*, Band 5, Nummer 1 (2011)

»Durch das Prinzip, dass die Mehrheit ein Recht habe, die Minderheit zu beherrschen, lässt sich jede Regierung in einen bloßen Wettstreit zweier Parteien zerlegen, der sich darum dreht, welche von ihnen Herren und welche Sklave sein sollen. Ein Wettstreit, in dessen Natur es liegt, dass er – wie blutig auch immer – nie ganz beendet werden kann, so lange sich der Mensch weigert, ein Sklave zu sein.«

Lysander Spooner, *No Treason*

Von der Demokratie zur Freiheit

Lasst uns zum Höhepunkt der Aufstände zurückkehren. Tausende von uns strömen auf die Straße, wir finden einander in neuen Formationen, die ein ungewohntes und aufregendes Gefühl der Macht verheißen. Mit einem Mal kommt alles zusammen: Worte und Taten, Ideen und Gefühle, persönliche Geschichten und Weltereignisse. Gewissheit – endlich fühlen wir uns zu Hause – und Ungewissheit: Endlich ein offener Horizont. Gemeinsam entdecken wir, dass wir zu Dingen fähig sind, die wir nie für möglich gehalten hätten.

Die Schönheit solcher Momente geht über jedes politische System hinaus. Die Konflikte sind ebenso wichtig wie das gelegentliche Aufflackern unerwarteten Konsenses. So funktioniert Demokratie nicht, aber so fühlt sich Freiheit an – gemeinsam nehmen wir unser Schicksal selbst in die Hand. Keine Verfahrensweisen könnten das institutionalisieren. Es ist eine Gabe, die wir den Klauen der Gewohnheit und der Geschichte wieder und wieder entreißen müssen.

Wenn sich das nächste Mal eine günstige Gelegenheit eröffnet und wir die Chance haben, unser Leben und unsere Welt zu erneuern, dann lasst uns nicht noch einmal »echte Demokratie« neu erfinden, sondern den Blick auf die Freiheit richten, die Freiheit selbst.

Anarchist_innen versammeln sich im
Athen (Griechenland) des 21. Jahrhunderts.

